



BACHELORARBEIT

Frau
Sandra Nitzsche

**Die Entwicklung
der Medienfreiheiten in Polen
und Ungarn – Eine Bedrohung
des Europäischen Hauses?**

2016

BACHELORARBEIT

Die Entwicklung der Medienfreiheiten in Polen und Ungarn – Eine Bedrohung des Europäischen Hauses?

Autor/in:
Frau Sandra Nitzsche

Studiengang:
Angewandte Medien – Digital Design

Seminargruppe:
AM14sD1-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Katharina Oepfert

BACHELOR THESIS

The development of media freedom in Poland and Hungary – A threat for the European House?

author:

Ms. Sandra Nitzsche

course of studies:

applied media – digital design

seminar group:

AM14sD1 - B

first examiner:

Prof. Kurt-Ulrich Mayer

second examiner:

Katharina Oepfert

Bibliografische Angaben

Nitzsche, Sandra

Die Entwicklungen der Medienfreiheiten in Polen und Ungarn – Eine Bedrohung des Europäischen Hauses?

The development of media freedom in Poland and Hungary - A threat for the European House?

51 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2016

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Entwicklung der Medienfreiheit in Polen und Ungarn und welche Gefahren diese für das Europäische Haus darstellen. Ziel ist es, herauszufiltern welche Gefahren sich für die Union als realistisch darstellen, und ob diese in Zukunft den Zusammenhalt der Union gefährden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden in dieser Arbeit aussagekräftige Literaturen und Statistiken ausgewertet. Weiterhin wurden Experteninterviews geführt, um die Aussagen in dieser Arbeit zu unterstützen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist, dass einige der aufgeführten Gefahren durchaus realistisch aber wiederum abwendbar sind.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	VI
Abbildungsverzeichnis	VII
1 Einleitung.....	1
1.1 Hinleitung zur Thematik.....	1
1.2 Fragestellung	2
1.3 Vorgehensweise und Methodik	3
2 Theoretische Grundlagen	5
2.1 Die Europäische Union	5
2.2 Das Grundrecht Medienfreiheit.....	11
2.3 Die Geschichte der Medienfreiheiten in Polen und Ungarn	15
3 Einschränkungen in der freien Meinungsäußerung	25
3.1 Die umstrittene Medienreform Polens und Ungarns	25
3.2 Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht.....	31
3.3 Die Reaktionen der Medienlandschaft.....	34
4 Gefahren für die Europäische Union	37
4.1 Ungarn als Vorbild europäischer Regierungspraxis.....	37
4.2 Halbherzige Umsetzung des europäischen Standards	40
4.3 Übergriffe rechtspopulistischer Medienpolitik	43
5 Schlussbetrachtung.....	49
Literaturverzeichnis	XI
Anlagen.....	XV
Eigenständigkeitserklärung	XVII

Abkürzungsverzeichnis

EU – Europäische Union

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung

ROG – Reporter ohne Grenzen

Abbildungsverzeichnis



Abbildung 1: Weltkarte Pressefreiheit 2016 - Reporter ohne Grenzen - https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/pics/Weltkarte_der_Pressefreiheit_2016.jpg, Stand 15.12.2016

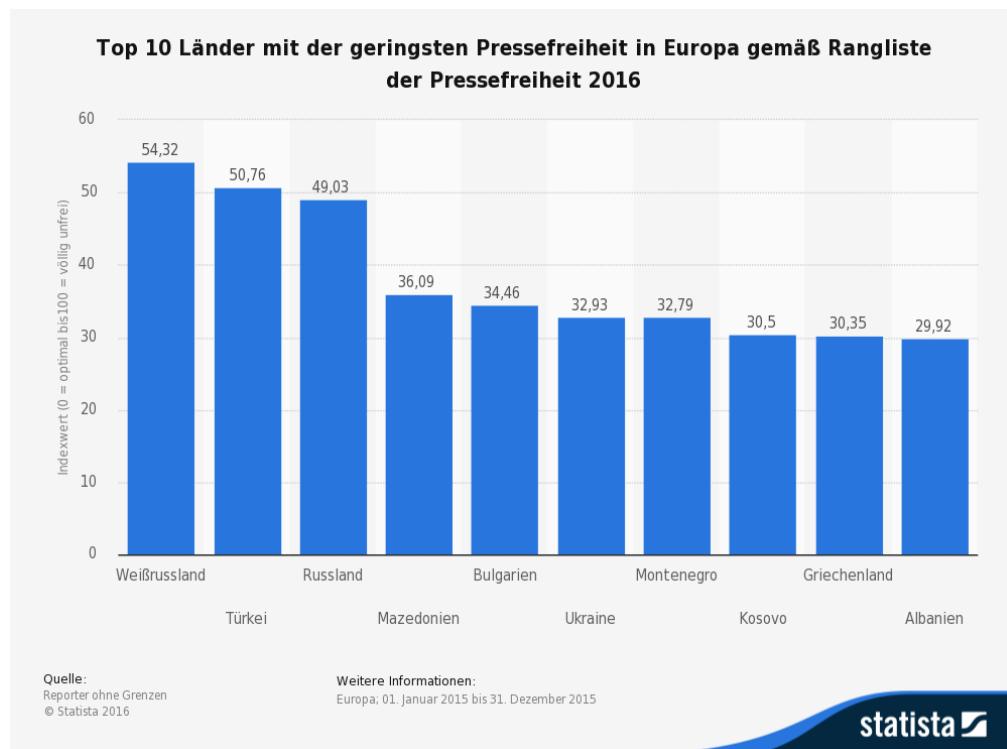


Abbildung 2: Top 10 Länder mit der geringsten Pressefreiheit – Reporter ohne Grenzen - <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/470206/umfrage/top-10-laender-mit-der-geringsten-pressefreiheit-in-amerika/>, Stand 15.12.2016

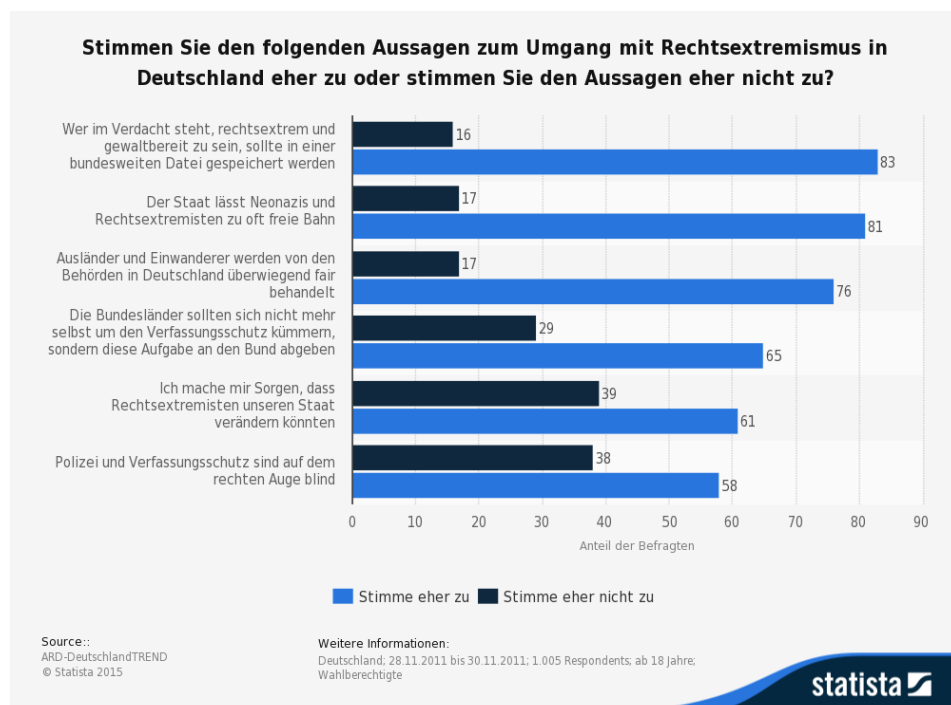


Abbildung 3: Statistik zum Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland – ARD-DeutschlandTREND - <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/209244/umfrage/meinungen-zum-umgang-mit-rechtsextremismus-in-deutschland/>, Stand 15.12.2016

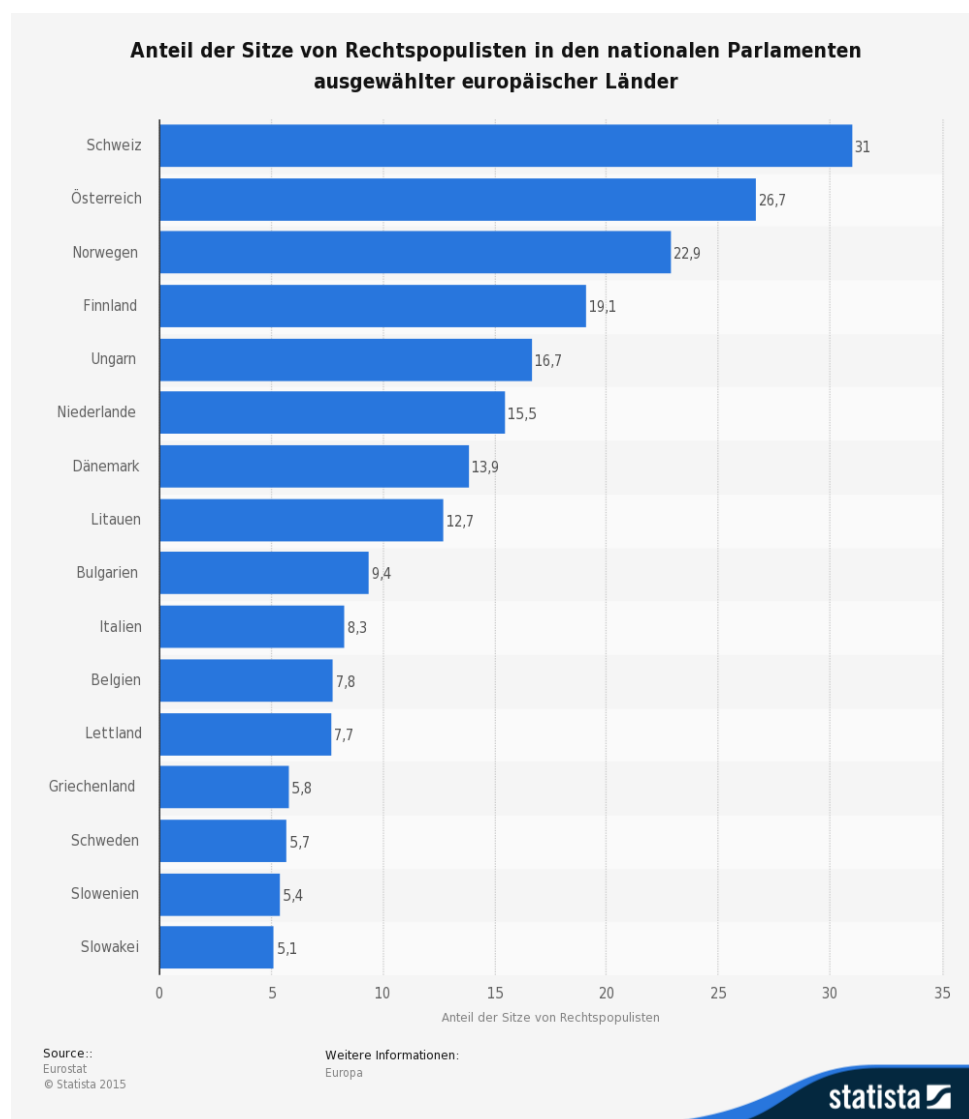


Abbildung 4 Anteil der Sitze von Rechtspopulisten in den nationalen Parlamenten – Eurostat - <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/198659/umfrage/sitze-von-rechtspopulisten-in-nationalen-parlamenten-europas/>, Stand 15.12.2016

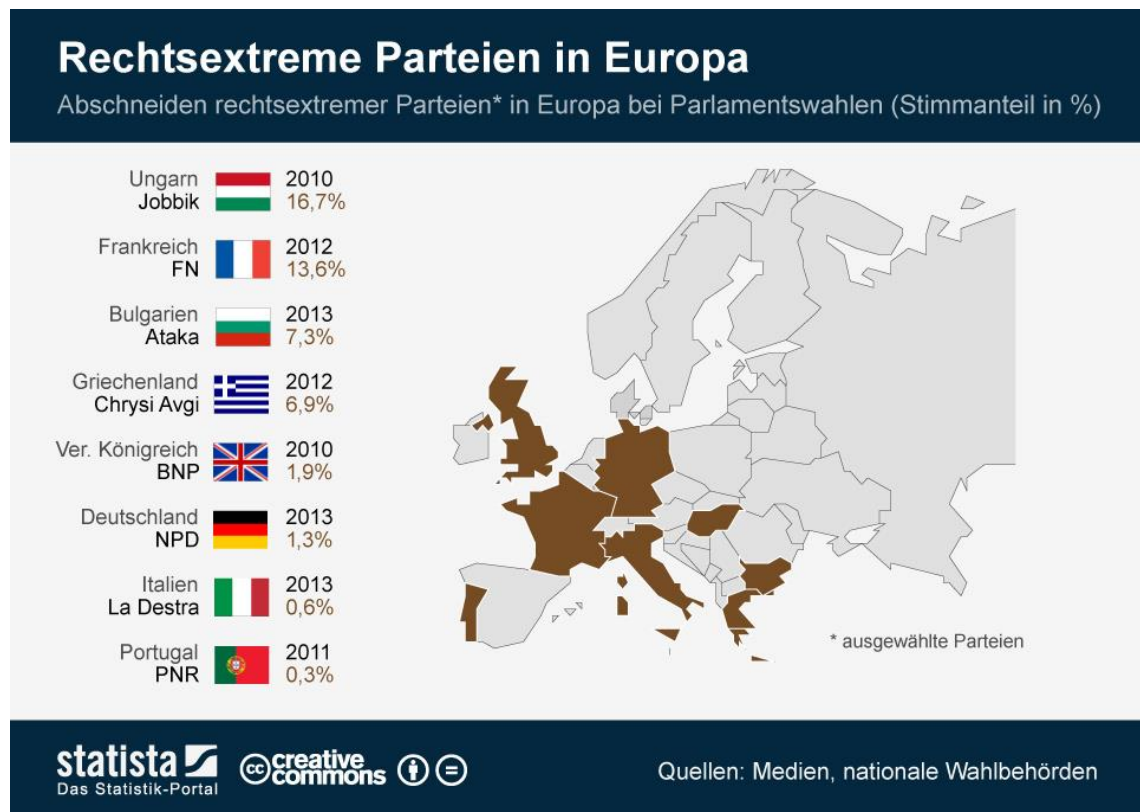


Abbildung 5: Rechtsextreme Parteien in Europa -

<https://de.statista.com/infografik/1685/abschneiden-rechtsextremer-parteien-in-europa/>, Stand 15.12.2016

1 Einleitung

Die hier vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, welche Gefahren die Entwicklung der Medienpolitiken in Polen und Ungarn für das Europäische Haus birgt. Dabei wird sich die Verfasserin mit verschiedenen Aspekten auseinandersetzen, die eine Bedrohung für die Union darstellen könnten. Ein wichtiger Gesichtspunkt dem sich diese Arbeit widmet, ist die Medienfreiheit in der gesamten Europäischen Union. Eine erste Recherche macht deutlich, dass die Pressefreiheit in ganz Europa in Gefahr ist. Die Konsequenzen dieses Faktors könnten im Verlauf der nächsten Jahre Bedrohungen für den Zusammenhalt der Europäischen Union darstellen. Die Verfasserin selbst ist der Ansicht, sollte die Art der Medienpolitik die in Ungarn und Polen betrieben wird weiter zunehmen, könnte diese für andere Länder eine Vorbildsfunktion einnehmen. Sollte es Länder geben die Ungarn und Polen folgen, wird die Medienvielfalt in der gesamten Union, möglicherweise in der gesamten Welt, gefährdet. Der zunehmende Rechtspopulismus könnte eine weitere Bedrohung für die Union und deren Mitgliedsstaaten darstellen. Mit der Frage, wie diese Entwicklungen mit dem Werten der Union vereinbar sind, wird die Verfasserin die vorliegende Arbeit komplettieren. Wie sie dieses Ziel erreichen möchte, wird im folgenden Abschnitt aufgeführt.

1.1 Hinleitung zur Thematik

Eine der wichtigsten Grundlagen für eine demokratische Gesellschaft ist die Presse- und Meinungsfreiheit. So besagt der Artikel 11 in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union aus, dass diese Freiheit „(...)ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen(...)“¹ empfangen und weitergegeben werden darf. Schaut man sich aber die aktuelle Situation der europäischen Länder Polen und Ungarn an, wird klar, dass dieses Recht nicht überall so durchgesetzt wird. Mit der Verabschiedung neuer, einschränkender Mediengesetze beschritt erst Ungarn und nun auch Polen einen möglicherweise nicht-EU-konformen Weg.

¹ Vgl. Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 11, 2000

Die Entwicklung der Politik in den beiden Ländern stößt in der EU nicht grundlos auf immer mehr Kritik². Nicht nur Verbände oder Organisationen drängen gegen die Kontrollübernahme der Medien, auch die Kritik deutscher Politiker nimmt zu, sodass Außenminister Steinmeier bereits um Klärung der Streitigkeiten mit Polen bemüht war³. Der Versuch Sanktionen gegen beide Länder einzuleiten, blieb allerdings auch nur das, ein Versuch.

Die Folge sind rechtsorientierte Regierungen, die in ihren Ländern frei schalten und walten. Die Konsequenz daraus ist, dass immer mehr Nationalpopulismus in der Europäischen Union um sich greift⁴. Informationsträger werden zunehmend angegriffen und die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht steht immer mehr in Frage. Nicht nur eine Verletzung der Grundrechte, sondern auch der Menschenrechte, könnte in diesen Fällen vorliegen. Der Rechtsstaatmechanismus, welcher in solchen Fällen greift und ursprünglich für Ungarn entwickelt wurde, müsste dann in allen Mitgliedsländern gleichermaßen eingreifen. Zu nennen sind dabei Griechenland, Frankreich und auch Spanien⁵. Doch die Union hält sich nach Aussagen verschiedener Medien und Experten mit dem Eingreifen viel zu sehr zurück. Ist das, was in Ungarn und Polen vor sich geht, bald Europäischer Standard? Diese und weitere Fragen sollen in der vorliegenden Arbeit überarbeitet und wenn möglich von der Verfasserin beantwortet werden.

1.2 Fragestellung

Sollten die im vorherigen Abschnitt beschriebenen Medienpolitiken in den Ländern immer weiter durchgreifen, könnte das Gefahren für die Europäische Union mit sich bringen. In der vorliegenden Bachelorarbeit wird sich die Verfasserin die Frage beantworten, welche Gefahren die politische Situation in Polen und Ungarn für das Europäische Haus bergen.

² Vgl. FOCUS Online, Pressefreiheit in Gefahr, 08.12.2016

³ Vgl. WAZ, Steinmeier will wegen Medienpolitik nach Polen reisen, 08.12.2016

⁴ Vgl. FOCUS Online, Video: Politisches Klima, 2015

⁵ Vgl. Die Linke, Das Zaudern Europas gegenüber Polen und Ungarn, 08.12.2016

Dabei geht die Verfasserin explizit auf drei mögliche Gefahren ein. Zum einen beschäftigt sie sich mit dem Vorbilds-Prinzip, und damit einhergehend mit der Frage, ob Ungarns Regierungschef Viktor Orban nicht nur für Polen, sondern auch für andere Länder ein Nachahmepotential auslösen könnte.

Als nächster Punkt wird die Schwäche der EU in Bezug auf ihr Vorgehen gegen den Verstoß demokratischer Werte angesprochen. Dabei wird sich die Verfasserin die Frage beantworten, ob diese vorliegende Schwäche eine Gefahr für die Union darstellen wird, die europäischen Standards auf dieses Niveau abzusenken.

Zum Abschluss bleibt die Gefahr der Übergriffe rechtspopulistischer Medienpolitik beziehungsweise die generelle Übernahme rechtsextremistischer Parteien in Regierungen zu klären. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den gewaltsamen Übergriffen der Anhänger dieser Parteien auf Informationsträger. Eine Folge ist die immer weiter voranschreitende Einschränkung der Medien und die damit einhergehende Beschneidung des Journalismus.

1.3 Vorgehensweise und Methodik

Um sich die im vorherigen Abschnitt beschriebenen Fragen zu beantworten, wird die Verfasserin vorhandene Literatur einbeziehen und Stellungnahmen verschiedener Journalisten und Experten auswerten. Dabei wird sie auf Artikel einiger Journalistenverbände, wie beispielsweise das Europäische Journalismus-Observatorium (EJO) und der Vereinigung Europäischer Journalisten e.V. (VEJ) eingehen. Weiterhin gibt es bereits einige aussagekräftige Statistiken und Studien zur Einflussnahme und Eingriffe in die Pressefreiheit. Statistiken zur Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten und Umfragen zur Sicht der Bevölkerung auf die Europäische Union werden ebenso Anwendung finden.

Weiterhin beabsichtigt die Verfasserin, Interviews mit regionalen Journalisten zu führen, und ihren Standpunkt zur Lage in Ungarn und Polen erfragen. Dabei wird in den Gesprächen nicht nur auf mögliche Zukunftsperspektiven der Europäischen Union eingegangen, sondern auch auf die generelle Situation der Medienfreiheit in Deutschland und der EU.

Im ersten Kapitel dieser Arbeit werden grundlegende Themen besprochen die notwendig sind, um den Kern der Arbeit zu verstehen und ihr in die folgenden Kapitel folgen zu können. Im nächsten Kapitel wird sich die Verfasserin damit beschäftigen, was die Kritik an Ungarn und Polen ausgelöst hat und wie von Seiten der Europäischen Union und der Medien damit umgegangen wird. Im letzten Kapitel stehen dann die Gefahren, die die Medienpolitik der Länder für die EU birgt im Vordergrund. Die Verfasserin wird in dem Abschnitt darauf eingehen, welche Gefahr eine realistische Bedrohung darstellt und was durch die Medien hervorgebracht wird. Der Bezug zur Bevölkerung und deren Reaktionen werden sich an dieser Stelle ebenso einbringen. Im Rahmen dieser Bachelorarbeit hat die Verfasserin zusätzlich Interviews mit regionalen Journalisten geführt. Bei den Interviewpartnern handelte es sich um drei freie Journalistinnen. Gisela Bauer und Jana Mundus sind beide im Vorstand des deutschen Journalisten-Verbandes. Katrin Kleeberg ist freie Journalistin in Chemnitz. In den Interviews wurden verschiedene Fragen zum Thema Journalismus allgemein und dem aktuellen Zustand der Medienfreiheit in Deutschland besprochen. Im weiteren Verlauf der Gespräche wurde dann weiter auf die Situationen in Polen und Ungarn eingegangen - und im Folgenden auf die Zukunft der Europäischen Union. Dabei wurde auch spezifisch auf die in der Arbeit erarbeiteten Gefahren für die Union eingegangen. Die Aussagen und die Meinungen der Gesprächspartner werden die Verfasserin in ihrer Argumentation in der vorliegenden Arbeit unterstützen.

2 Theoretische Grundlagen

Im Kapitel Theoretische Grundlagen wird sich die Verfasserin mit den Grundlagen beschäftigen die sie benötigt, um zum gewünschten Ziel ihrer Arbeit zu gelangen. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit der Europäischen Union, die Definition des Begriffes Medienfreiheit, sowie der Darstellung der historischen Entwicklung der Medienfreiheiten in Polen und Ungarn. Dafür benötigt sie aussagekräftige Literatur und vertrauenswürdige Internetquellen.

2.1 Die Europäische Union

Um über Entscheidungen der Europäischen Union (EU) urteilen zu können, ist es erst einmal notwendig, sich ein aktuelles Bild über diese zu verschaffen. Dazu wird die Verfasserin darstellen, wie die Union aufgebaut ist und wie sie funktioniert. Die Europäische Union, hier und im Folgenden als EU bezeichnet, hat sich im Jahre 1951 gegründet und zählte bis zum Juni diesen Jahres 28 Mitgliedsstaaten. Mit dem Brexit, also dem Austritt Großbritanniens aus der EU, sind es nunmehr nur noch 27 Mitglieder. Die Union beruht auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, das heißt jede Maßnahme, die innerhalb der Union getroffen wird, beruht auf einem Vertrag. Diese Verträge regeln sowohl die Ziele, die von der EU verfolgt werden, als auch die Aufgaben, die den Institutionen innerhalb der EU zukommen. Die Beschlussfassungen und die Verhältnisse der EU zu ihren Mitgliedsstaaten sind ebenfalls in Verträgen niedergeschrieben. Der letzte Änderungsvertrag, der in Kraft getreten ist, war der Lissabon-Vertrag vom 01.12.2009⁶. Der Vertrag von Lissabon hat die Aufgabe die Transparenz und die Effizienz der in der EU waltenden Organe zu regeln und zu verbessern. Weiterhin beschäftigt er sich mit der demokratischen Bevollmächtigung der getroffenen Entscheidungen, sowie dem Grundrechtsschutz, auch diese soll er auf europäischer Ebene regeln und verbessern⁷.

Wie oben beschrieben walten in der Europäischen Union verschiedene Institutionen und Organe. Dazu gehören zum einen das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Rat und die Europäische Kommission.

⁶ Vgl. So funktioniert die Europäische Union, Seite 3 ff, 2013

⁷ Vgl. Schwab. Seite 1, 2009

Zum anderen gehören dazu noch Organe und Einrichtungen, wie nationale Parlamente, der Gerichtshof der Union, die Europäische Zentralbank und einige mehr. Die vier eben benannten Institutionen der EU werden im Folgenden in ihrer Aufgabe, Funktion und Arbeitsweise näher beschrieben. Beginnen wird die Verfasserin mit dem Europäischen Parlament.

Das EU-Parlament vertritt die Bürger der Union und wird auch von diesen gewählt. Es handelt sich beim Parlament somit um ein direkt gewähltes Organ. Damit beteiligt es sich zusammen mit dem Rat an der Gesetzgebung. Weiterhin leistet das Parlament seinen Beitrag zur demokratischen Legitimierung, also zur demokratischen Rechtfertigung, der Europäischen Union. Aktuell sitzen im Parlament 754 Mitglieder, diese sind unter den Mitgliedsstaaten entsprechend ihrem Anteil an der EU-Bevölkerung aufgeteilt (Stand 2012). Seinen offiziellen Sitz hat das EU-Parlament in Straßburg, es gibt jedoch weitere Sitze in Brüssel und Luxemburg. Neben den Gesetzgebungen übt das Parlament eine demokratische Kontrolle über alle Organe der EU aus, insbesondere über die Europäische Kommission. Diese Kontrolle bezieht sich beispielsweise auf die Zustimmung oder Ablehnung der Ernennung des Kommissionspräsidenten und der Kommissionsmitglieder. Ebenso kann das Parlament ein Misstrauensvotum gegenüber der gesamten Kommission einbringen⁸. Bei einem Misstrauensvotum handelt es sich um das fehlende Vertrauen einer Mehrheit von Abgeordneten gegenüber einem Regierungsmitglied bis hin zur gesamten Regierung. In solch einem Fall greift dann der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin ein und enthebt den Minister oder die Ministerin von seiner oder ihrer Arbeit⁹. Als dritte und letzte Aufgabe teilt sich das Parlament die Haushaltsbefugnisse der EU mit dem Rat und hat somit Einfluss auf die Ausgaben der Union. Das Parlament kann den Gesamthaushalt der Union genehmigen oder ablehnen. Es funktioniert mithilfe seines Präsidenten und seiner 14 Vizepräsidenten. Dieser wird für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt und vertritt das Parlament gegenüber anderen EU-Institutionen und der Außenwelt. Zusammen mit dem Präsidenten des Rates unterzeichnet der Präsident des Parlaments alle Rechtsakte. Die Arbeit des Parlaments beschränkt sich im Wesentlichen auf die Plenartagungen. Diese werden in der Regel einmal pro Monat in Straßburg abgehalten. Die Dauer dieser Tagungen beläuft sich im Normalfall auf eine Woche.

⁸ Vgl. So funktioniert die Europäische Union, Seite 9 ff., 2013

⁹ Vgl. Rechtleicht, Misstrauens-Votum, 16.11.2016

Die Tagungen müssen vorbereitet und die zu behandelnden Themen, auch von politischen Fraktionen, erörtert werden. Auf den Besprechungen wird dann über vorgeschlagenen Rechtsvorschriften beraten, über Änderungsanträge abgestimmt und über den Gesamttext entschieden. Ferner wird über Themen wie die Mitteilungen des Rates oder der Kommission, sowie über aktuelle Entwicklungen der EU und der übrigen Welt gesprochen. Von Zeit zu Zeit werden noch zusätzliche Tagungen in Brüssel abgehalten¹⁰.

Als nächste Institution der EU zählt der Europäische Rat. Dieser ist zusammengesetzt aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. In ihm werden die führenden Politiker der EU vereint, er bildet also die höchste Ebene der politischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten. Diese kommen mindestens vier Mal pro Jahr zusammen um den allgemeinen politischen Kurs, die vorrangigen Ziele und Aufgaben der Union festzulegen. Nach jeder Tagung werden Schlussfolgerungen veröffentlicht, die die wichtigsten Botschaften, gefassten Beschlüsse und die erforderlichen Maßnahmen enthalten. An den Tagungen des Europäischen Rates nimmt auch der hohe Vertreter der Europäischen Union teil. Der EU-Rat hat seinen Sitz in Brüssel und wird vom Generalsekretär des Rates unterstützt. Die Aufgaben des EU-Rates koordiniert dessen Präsident, dieser beruft Tagungen ein und übernimmt den Vorsitz. Zusammen mit dem hohen Vertreter der EU übernimmt er die Repräsentation der Union nach außen und vertritt sie in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Der Präsident wird vom Rat für zweieinhalb Jahre Amtszeit gewählt, danach kann er einmalig wiedergewählt werden. Während seiner Amtszeit ist es dem Präsidenten untersagt, parallel ein nationales Amt zu bekleiden. Die Entscheidungen, die der EU-Rat trifft, werden meist im Konsens getroffen, also in einer übereinstimmenden Mehrheit. In einigen Fällen reicht aber auch eine qualifizierte Mehrheit. Bei den Abstimmungen sind allerdings nur die Staats- und Regierungschefs stimmberechtigt¹¹.

Bei der folgenden Institution handelt es sich um den Rat. Der Rat vertritt die Regierungen der Mitgliedsstaaten, entscheidet über politische Maßnahmen und erlässt Rechtsvorschriften. Der Rat hat seinen Sitz sowohl in Brüssel, als auch in Luxemburg. Seine Mitglieder setzen sich aus je einem Minister pro Mitgliedsstaat zusam-

¹⁰ Vgl. So funktioniert die Europäische Union, Seite 9 ff., 2013

¹¹ Vgl. So funktioniert die Europäische Union, Seite 12 ff, 2013

men. Sie kommen zusammen, um EU-Angelegenheiten zu besprechen, Entscheidungen zu treffen und Rechtsvorschriften zu verabschieden. Der Rat gilt als zentrales Beschlussorgan der EU. Die Zusammensetzungen seiner Ratstagungen richten sich nach den Themen auf der Tagesordnung. Der Vorsitz im Rat, der alle 6 Monate von einem anderen Mitgliedsstaat besetzt wird, ist nicht gleich dem Vorsitz im Europäischen Rat. Für die Arbeit des Rates wird immer von drei Vorsitzländern in Zusammenarbeit ein 18-Monate-Programm erstellt, um die Kontinuität der Ratsgeschäfte zu sichern. Die Ratsentscheidungen sind demokratisch legitimiert, da alle Minister befugt sind, im Namen der Regierung verbindlich zu handeln. Weiterhin sind sie für die gewählten Einrichtungen ihres Landes verantwortlich. Der Rat hat im Allgemeinen fünf zentrale Aufgaben. Als erstes verabschiedet er gemeinsam mit dem EU-Parlament die EU-Rechtsvorschriften, diese Beschlüsse werden durch Abstimmungen gefasst. Als zweites koordiniert der Rat die Politik der Mitgliedsstaaten. Weiterhin entwickelt er nach Vorgaben des Europäischen Rates eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für die Europäische Union. Als nächste Aufgabe fällt dem Rat jedes Jahr die Schließung internationaler Übereinkünfte zwischen der EU und anderen Staaten, sowie internationalen Organisationen zu. Die fünfte und letzte Aufgabe ist die Genehmigung des Haushaltsplanes der EU gemeinsam mit dem Europäischen Parlament. Sollte einmal Uneinigkeit herrschen, folgt ein Vermittlungsverfahren. Grundsätzlich wird der Rat nur nach einem Vorschlag der Kommission tätig. Alle Abstimmungen und Beratungen, die der Rat tätigt, finden unter Beobachtung der Öffentlichkeit im Internet statt. Für den verständlichen Zusammenhang der Arbeiten in den verschiedenen Ratszusammensetzungen sorgt der Rat für „Allgemeine Angelegenheiten“. Unterstützt wird er dabei vom Ausschuss der ständigen Vertreter. Dieser setzt sich aus den ständigen Vertretern der Mitgliedsstaaten der EU zusammen. Er hat die Aufgabe die Arbeiten des Rates vorzubereiten, unterstützt wird er dabei wiederum von mehreren Arbeitsgruppen¹².

Als vierte entscheidende Institution der Europäischen Union sei nun die Europäische Kommission zu nennen. Die Kommission versucht als politisch unabhängiges Organ die Interessen der gesamten Europäischen Union zu wahren und macht sich für diese stark. Als Exekutivorgan der EU schlägt die Kommission Rechtsvorschrif-

¹² Vgl. So funktioniert die Europäische Union, Seite 14 ff, 2013

ten vor und überwacht Vereinbarungen. Zusätzlich stellt sie Strategien und Aktionsprogramme vor und ist für die Durchführung der Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rates zuständig. Pro Mitgliedsstaat sitzt je ein Mitglied im Kollegium der Kommission. Die Kommission hat wie alle anderen Institutionen ihren Sitz in Brüssel. Außer in Außen- und Sicherheitspolitischen Fragen, vertritt sie die Union zudem auch nach außen. Bevor die genaueren Aufgaben der Kommission geklärt werden können, sollte erst einmal der Begriff Kommission an sich erklärt werden. Dieser lässt sich in zwei Bedeutungen aufgliedern: Zum einen der Begriff Kommission als Bezug auf das Kollegium bestehend aus Männern und Frauen, je eine Person pro Mitgliedsstaat. Diese werden vom Parlament ernannt, um das Organ zu leiten und die verschiedenen Beschlüsse zu fassen. Zum anderen beschreibt der Begriff die Kommission als Organ selbst und dessen Bediensteten. Die Mitglieder des Kollegiums nennt man informell auch Kommissare. Bevor diese in die Kommission aufgenommen werden, haben sie in der Regel bereits ein politisches Amt bekleidet. Ist man allerdings erst einmal Mitglied der Kommission, unterliegt man der Interessenwahrung der EU, das bedeutet Weisungen anderer nationaler Regierungen dürfen keineswegs angenommen werden. Die laufende Arbeit der Kommission wird dann von den Bürgerinnen und Bürgern der EU erledigt, die in einem offenen Einstellungsverfahren durch das Europäische Amt für Personalauswahl ausgewählt wurden. Dabei handelt es sich um Verwaltungsmitarbeiter, Experten, Übersetzer, Dolmetscher sowie Assistenzkräfte¹³.

Die Kommission hat eine direkte Verbindung zum Rat. Diese wird durch ihre Vizepräsidenten gewährleistet. Unter ihnen befinden sich einige hohe Vertreter der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Auch gegenüber dem Parlament hat die Kommission einige Aufgaben. So muss sie beispielsweise politische Rechenschaft ablegen. Das Parlament wiederum kann gegen die Kommission ihr Misstrauen aussprechen und diese somit zum Rücktritt zwingen. Auf den Tagungen des Parlaments ist die Kommission dennoch regelmäßig vertreten, um dort ihre Politik zu erläutern und diese sogar zu begründen. Dabei müssen zusätzlich und vor allem regelmäßig die schriftlichen und mündlichen Anfragen der Parlamentarier beantwortet werden. Zusammengefasst hat die Kommission grundlegend vier Aufgaben zu erledigen. Als erste Aufgabe gilt die Unterbreitung neuer Rechtsvorschriften,

¹³ Vgl. So funktioniert die Europäische Union, Seite 19 ff, 2013

sowohl vor dem Parlament, als auch vor dem Rat. Die Rechtsakte werden im Voraus erst einmal von einem Generaldirektor ausgearbeitet. Offiziellen Status erlangen sie erst, wenn sie vom gesamten Kollegium gebilligt werden. Herrscht Uneinigkeit bei der Beschließung, kann der Präsident eine Abstimmung beantragen, welche bei einer Mehrheit zur Annahme des Vorschlags führt¹⁴.

Sie führt außerdem die Europäische Politik durch und verwaltet den Haushalt der Union. Weiterhin kümmert sich die Kommission gemeinsam mit dem Gerichtshof um die Einhaltung der Europäischen Rechte. Schließlich und Endlich bleibt noch ihre Vertretung der Europäischen Union in der gesamten Welt zu nennen. Im Folgenden wird noch einmal zusammengefasst erklärt, wie die Kommission arbeitet. Ihre Funktionalität beginnt mit der Einteilung der Zuständigkeitsbereiche der Mitglieder durch den Präsidenten. Sie werden von ihm zu einem jeweiligen politischen Feld zugeordnet. Allerdings kann der Präsident der Kommission diese jederzeit neu verteilen oder sogar einzelne Mitglieder zum Rücktritt auffordern. Die einzelnen Politikbereiche, oder auch Verwaltungseinheiten, in denen die Mitglieder arbeiten, unterstehen dabei einem Generaldirektor. Dieser ist seinen Kommissionsmitgliedern gegenüber in der Verantwortung. Die 27 Kommissionsmitglieder, einer für jeden Mitgliedstaat, kommen jeweils einmal in der Woche, in der Regel mittwochs, in Brüssel zusammen. Dabei werden die einzelnen Tagesordnungspunkte vom jeweils zuständigen Mitglied erläutert, um dann als Beschluss des gesamten Kollegiums ausgewertet zu werden¹⁵.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die Institutionen der Europäischen Union in der Theorie gut zusammenarbeiten können und sich untereinander kontrollieren. Ob diese Theorie auch eins zu eins in die Praxis übernommen wird, steht dennoch in Frage.

¹⁴ Vgl. So funktioniert die Europäische Union, Seite 19 ff, 2013

¹⁵ ebenda, 2013

2.2 Das Grundrecht Medienfreiheit

Der Begriff Medienfreiheit setzt sich zusammen aus den Begriffen Medien und Freiheit. Um zu klären, um was es sich bei der Medienfreiheit handelt, sollten zuerst die beiden einzelnen Begrifflichkeiten definiert sein. So charakterisiert die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) die Medien als einen „Sammelbegriff für alle audiovisuellen Mittel und Verfahren zur Verbreitung von Informationen, Bildern, Nachrichten etc.“¹⁶. Man unterscheidet dabei die klassischen Medien, wie die Presse mit Zeitungen und Zeitschriften, sowie den Rundfunk mit Hörfunk und Fernsehen und die neuen Medien, also das Internet¹⁷. Die Freiheit definiert das Gabler Wirtschaftslexikon als Fähigkeit des Menschen, Entscheidungen aus einem freien Willen heraus zu treffen. Dabei unterscheidet man die negative Freiheit, also die Freiheit von etwas und die positive Freiheit, die Freiheit zu etwas. Die Freiheit gehört zu den Grundbegriffen der Ethik und nur durch sie wird Gutes und Böses Handeln, moralische Verdienste und die Schuld, sowie die Verantwortung ermöglicht¹⁸.

Setzt man die beiden Begriffe nun wieder zusammen, erhält man die Medienfreiheit. Also die Freiheit der Medien ohne jede (politische) Einflussnahme zu berichten¹⁹.

Um die Medienfreiheit besser zu verstehen, sollten auch die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit Erwähnung finden. Die Meinungsfreiheit ist eines der wichtigsten Menschenrechte und beschreibt sich nach der bpb als das Recht, sich eine Meinung zu bilden und diese zu äußern. Durch sie sind die geistige Freiheit und die Kommunikation um ihrer selbst willen geschützt. Weiterhin schützt sie die Wesensbestandteile einer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung und ermöglicht eine freie Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Ansichten. Ebenso sind die Förderung der Entstehung öffentlicher Meinungen und politischer Willensbildungen durch die Meinungsfreiheit geschützt. In Deutschland ist die Meinungsfreiheit die begriffliche Kurzform für die im Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz (siehe Anlagen) geschützten Grundrechte der Meinungsäußerungsfreiheit, der Informationsfreiheit,

¹⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Medien, 16.11.2016

¹⁷ ebenda, 16.11.2016

¹⁸ Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, Freiheit, 16.11.2016

¹⁹ Vgl. portalliberal, Medienfreiheit ist elementare Voraussetzung für Demokratie. 16.11.2016

der Pressefreiheit und der Rundfunk- und Filmfreiheit²⁰. Die Pressefreiheit gilt als besondere Ausprägung der Meinungsfreiheit. Sie wird nach bpb beschrieben als die Freiheit Tatsachen, Meinungen, Stellungnahmen und Wertungen durch jede mögliche Art von Druckerzeugnis zu verbreiten. Sie ist als Grundrecht zusammen mit dem Recht der freien Berichterstattung durch Rundfunk und Film im Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz (siehe Anlagen) verfassungsrechtlich geschützt. Für die Beurteilung der inhaltlichen Zulässigkeiten der Äußerungen der Presse ist das allgemeine Grundrecht der Meinungsfreiheit maßgeblich. Besondere Garantie der Pressefreiheit betrifft die Bedeutung der Presse für die freie, individuelle und öffentliche Meinungsbildung. Diese geht weit über die einzelne Meinungsäußerung hinaus. Sie schützt damit alle Tätigkeiten der im Pressewesen tätigen Personen. Dies beginnt bereits bei der Beschaffung der Informationen über die redaktionelle Meinungsbildung bis hin zur Verbreitung des Presseerzeugnisses²¹.

Im Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind die oben beschriebenen Begrifflichkeiten festgelegt und geschützt²².

Artikel 11

Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit

(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.

Setzt man das alles zusammen in einen Kontext wird deutlich, dass eine freie Presse die Grundvoraussetzung für eine transparente und offene Gesellschaft und somit auch für eine funktionierende Demokratie, also der Grundpfeiler eines demokratischen Staates ist. Bei einer Demokratie handelt es sich um den Sammelbegriff für eine modern ausgeprägte Lebensform und die Schaffung einer Grundlage für eine moderne politische Ordnung. Beides wird ermöglicht durch die Freiheit individuelle Entscheidungen, Handlungen und Verantwortungen zu gewährleisten. Weiterhin sichert sie die Gleichheit aller Individuen vor Recht und Gesetz. Die De-

²⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Meinungsfreiheit, 16.11.2016

²¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Pressefreiheit, 16.11.2016

²² Vgl. Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 11, 2000

mokratie soll die Minderheiten schützen und alle möglichen Arten gesellschaftlicher Vereinigungen ermöglichen. Merkmale einer modernen Demokratie sind die Souveränität des Volkes und der gesellschaftlichen Einrichtungen. Die Demokratie beruht auf dem Rechtsstaatmechanismus und ihre Grund- und Menschenrechte sind in der Verfassung geregelt. Es herrscht eine horizontale Gewaltenteilung, das heißt Legislative, Exekutive und Judikative kontrollieren in gegenseitiger Abhängigkeit die staatlichen Organe. Die sogenannte vierte Gewalt sind die freien Medien. Dabei werden sie nicht umsonst als vierte Gewalt bezeichnet. In einer funktionierenden Demokratie dürfen und können die Medien so einiges. Dabei wird viel enthüllt und vieles aufgedeckt²³.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) fertigt jährlich auf Grundlage von Befragungen eine Rangliste der Pressefreiheit der ganzen Welt an. Inhalt dieser Befragung sind die grundlegenden Aspekte freier journalistischer Arbeit, sowie vom ROG ermittelte Zahlen von Übergriffen, Gewalttaten und Haftstrafen gegen Journalisten. Im Folgenden möchte die Verfasserin kurz auf diese Liste eingehen und dabei vor allem auf die Pressefreiheit der Europäischen Länder, allen voran Polen und Ungarn, schauen. Erkennbar ist laut einer Aussage der ROG ein prinzipieller Rückgang der Medienfreiheit in der gesamten Welt. Doch dabei spielen oft nicht nur Eingriffe in die Medien eine Rolle, auch gewaltsame Übergriffe auf Journalisten oder bewaffnete Konflikte sorgen für Einschränkungen in der freien Presse²⁴. In Abbildung 1 erfolgt die Einteilung der Länder in verschiedene Grade der Lage ihrer Pressefreiheit. Beginnen wir mit der Betrachtung der europäischen Länder, Grob geschätzt bewegen sich etwa 9 von 27 Mitgliedsstaaten in einer guten Lage, so beispielsweise Schweden, Irland, Finnland, Österreich und andere. Auch Deutschland befindet sich im weißen Bereich. Doch zieht man zu dieser Abbildung die Rangliste hinzu, sieht man das Deutschland zum Vorjahr 4 Ränge auf Platz 16 abgerutscht ist. Nicht zuletzt rührt das hauptsächlich von den Gewaltübergriffen auf Journalisten, insbesondere bei Pegida-Demonstrationen. Trotz der nach der Abbildung zufriedenstellenden Lage in Polen zeigt die Liste einen deutlichen Absturz um 29 Plätze auf Rang 47. Grund dafür ist der Umstrukturierungsversuch in den Medien Polens durch die PiS Partei. Da Ministerpräsident Orban bereits seit 2010 in Ungarn regiert, ist die Rangänderung nicht so erheblich, wie die Polens.

²³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Demokratie, 12.12.2016

²⁴ Vgl. Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit, 16.11.2016

Dennoch befindet sich Ungarn in einer Situation in der deutlich erkennbare Probleme vorliegen und in der Rangliste auf Rang 67. Der Rest der Europäischen Union bewegt sich zum Großteil im gelben, also dem zufriedenstellenden Bereich. Allerdings gibt es neben Ungarn noch Länder, wie beispielsweise Italien oder Griechenland, die ebenfalls erkennbare Probleme aufweisen. Ernster wird die Lage je weiter man sich in Richtung Osten, Süden und Westen bewegt. So belegt beispielsweise Russland im Ranking den 148ten Platz, und der Iran, sowie Jemen belegen jeweils den 169ten und 170ten Platz. Das Erschreckende für die Verfasserin sind die Länder, die aktuell auf eine Mitgliedschaft in der EU hinarbeiten. Deren Ranking liegt zum einen mit der Türkei auf Platz 151 ziemlich weit hinten und zeigt damit, dass bereits eine schwierige Lage herrscht. Zum anderen auch Kandidatenländer wie Serbien, Platz 59, Montenegro, Platz 106 und Mazedonien, Platz 118, weisen bereits erkennbare Probleme auf. In der folgenden Tabelle sind die für diese Arbeit wichtigsten Länder aus der Rangliste der Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen 2016 noch einmal aufgeführt²⁵.

Rang	Land	Rangänderung	Vorjahresrang	Punkte 2016
1	Finnland	0	1	8,59
11	Österreich	-4	7	13,18
16	Deutschland	-4	12	14,8
45	Frankreich	-7	38	23,83
47	Polen	-29	18	23,89
67	Ungarn	-2	65	28,17
77	Italien	-4	73	28,93

²⁵ Vgl. Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit 2016

148	Russland	+4	152	49,03
151	Türkei	-2	149	50,76
180	Eritrea	0	180	83,92

Wie durch die Tabelle deutlich wird bleibt es nach wie vor schwer zu urteilen, doch die Medienfreiheit, die nicht nur in der Union eine geschützte Freiheit ist, scheint in unserer gesamten Welt vor einer Bedrohung zu stehen. Erschreckend ist dabei der allgemeine Rückgang der Medienfreiheit in der Union, sowie der gesamten Welt. Schaut man dann noch auf die Unions-Kandidatenländer könnte man davon ausgehen, dass auch in Zukunft keine Besserung in Sicht ist. Diese Entwicklung könnte dafür sorgen, dass die Medienfreiheit zukünftig ein Luxusgut ist, das sich in Zukunft kein Medienunternehmen mehr leisten kann.

2.3 Die Geschichte der Medienfreiheiten in Polen und Ungarn

Um die aktuelle Medienlage in Polen und Ungarn möglicherweise besser verstehen zu können, sollte vorerst die historische Entwicklung der Medien in beiden Ländern beschrieben werden. Beginnen wird die Verfasserin mit der Entwicklung seit dem Ende des ersten Weltkriegs. Der erste Weltkrieg war nach der Bundeszentrale für politische Bildung ein europäischer Krieg, der die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas umstürzte²⁶. Man könnte sagen Polen war innerhalb dieser Zeit von der Landkarte verschwunden, denn zwischen dem Ende des 18ten Jahrhunderts und dem Jahre 1918 war Polen zwischen Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn aufgeteilt. Erst mit der Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns und dem Friedensvertrag von Versailles, in dem die Unabhängigkeit Polens festgelegt wurde, war eine Wiedererstehung des polnischen Staates möglich. In dem nun neu entstehenden Polen lebten viele nationale Minderheiten, die dem polnischen Staat sehr ablehnend gegenüber standen. Unter anderem gehörten

²⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, der erste Weltkrieg, 28.11.2016

dazu Deutsche, Ukrainer, Litauer und Weißrussen, zusammen machten diese Minderheiten fast ein Drittel der Bevölkerung aus. Der damalige polnische Kulturminister machte klar, dass das neue Polen ausschließlich für Polen sei. Dies wiederum macht deutlich, dass die Politik des Ministers gegenüber den damaligen Minderheiten nicht gerade positiv für diese war. Nach dem Militärputsch 1926 dominierte eine zunehmend autoritäre Regierung, die sowohl die politische Opposition als auch die Presse unterdrückte²⁷. An dieser Stelle wird deutlich, dass die Unterdrückung der Medien innerhalb Polens nicht zwangsweise etwas Neues ist. Polens Außenpolitik lehnte sich immer mehr an die der Engländer und Franzosen an und verstärkte damit gleichzeitig den Gegensatz zum Deutschen Reich²⁸. Die Engländer errichteten eine Seeblockade um andere Großmächte vom Weltmarkt abzuschneiden. Deutschland versuchte mittels U-Boot-Kriegen dagegen vorzugehen, was nur zur Folge hatte, dass die USA in den Krieg mit einstieg²⁹. Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht geriet Polen vollständig unter deutsche Kontrolle. Zu der Zeit besetzte die Sowjetunion den Osten Polens. Mit der vollständigen Eroberung der Roten Armee 1944 war Polen dann erneut unter fremder Kontrolle, unter der der Sowjetunion³⁰.

Ungarn war zur gleichen Zeit, um genau zu sein ab der frühen Neuzeit bis ins Jahr 1918, ein Teil der österreichischen Habsburgermonarchie. Durch die Niederlage Österreich-Ungarns im ersten Weltkrieg wurde die Habsburgermonarchie gestürzt und Ungarn konnte zu einem unabhängigen Staat heranwachsen. Im Vertrag von Trianon jedoch wurde festgelegt, dass Ungarn wiederum zwei Drittel seiner Gebiete an die Nachbarstaaten Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei und Österreich abgeben muss³¹. Der Vertrag regelte zusammengefasst die Bedingungen für Ungarn nach dem Krieg und beendete diesen³². Die Abgabe der bis dahin selbst kontrollierten Gebiete und der Vertrag wurden nach und nach zum Trauma für Ungarn. Der neu geschaffene Staat wurde stark belastet und so entstanden immer mehr revanchistische und autoritäre Tendenzen innerhalb des Landes. Mit der Machtergreifung Admiral Horthys im Jahr 1920 bis 1944 war die Regierung in Un-

²⁷ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

²⁸ ebenda, 28.11.2016

²⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, der erste Weltkrieg, 29.11.2016

³⁰ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

³¹ ebenda, 28.11.2016

³² Vgl. Ungarn-guide, Der Vertrag von Trianon, 29.11.2016

garn, ähnlich wie die in Polen, stark autoritär ausgeprägt. Horthy unterdrückte die politische Opposition und schränkte die Pressefreiheit stark ein. Der Admiral war sehr darauf bedacht die Besonderheiten des Ungarntums zu betonen und verfolgte eine völkisch-nationale Ideologie. Vor allem die Verbesserung und Abänderung des Trianon Vertrages war sein erklärtes Ziel. In den folgenden Jahren ab 1935 war eine immer stärkere Annäherung der ungarischen Regierung an die der Nationalsozialisten erkennbar. Das führte soweit, dass Ungarn im zweiten Weltkrieg an der Seite Deutschlands kämpfte. Dennoch bleibt zu sagen, dass die Diktatur des Admirals eher konservativer Natur war. Nach der Eroberung der Roten Armee 1945 geriet auch Ungarn unter die Kontrolle der Sowjetunion. Horthy wurde dabei bereits im Jahr 1944 von den Deutschen abgesetzt³³.

Wie bereits in Polen, wird auch an dieser Stelle deutlich, dass es bereits in den frühen Jahren des neu geschaffenen Ungarns eine Unterdrückung der Presse, ähnlich wie heute durch einen autoritären Herrscher gab.

Unter der Kontrolle der Sowjets entstand in beiden Ländern, mit Hilfe der stalinistischen Führung, ein kommunistisches Herrschaftssystem. So ist es nicht allzu abwegig, dass die kommunistischen Parteien als alleinige Führungsmachten auftraten und alle bürgerlichen Parteien verboten wurden³⁴. Charakteristisch für das kommunistische System ist die Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder in Bezug auf ihre Lebensbedingungen. Um gesellschaftliche Ziele zu erreichen, wurden im Kommunismus radikale Mittel eingesetzt³⁵. Nebenher wurden die sozialdemokratischen Parteien immer mehr verdrängt und schließlich zur Vereinigung mit den kommunistischen Parteien gezwungen. Dieser Ablauf war sowohl in Polen, als auch in Ungarn erkennbar. Die dadurch entstehende Unzufriedenheit der Bevölkerung ließ nicht lange auf sich warten. 1956 kam es schließlich in Ungarn zu einer Auflehnung gegen das Herrschaftssystem der Sowjets und einer Forderung nach parlamentarischer Demokratie und einer außenpolitischen Neutralität. Der Aufstand der ungarischen Bevölkerung wurde mit dem Einrücken der Sowjets blutig niedergeschlagen und der damalige Ministerpräsident wurde erst zum Rücktritt gezwungen, um dann hingerichtet zu werden. Fast zeitgleich mit Ungarn protestierte auch die polnische

³³ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

³⁴ ebenda, 28.11.2016

³⁵ Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, Kommunismus, 02.12.2016

Bevölkerung gegen das stalinistische System. Mit dem Machtantritt des neuen Parteichefs der Kommunisten begann die Politik der Entstalinisierung. Der Nachfolger des hingerichteten Ministerpräsidenten in Ungarn ging nach einer kurzen Zeit in der er eine Repression³⁶, also jegliche Unterdrückung von Kritik, Widerstand, politischen Bewegungen sowie individueller Entfaltung und Bedürfnisse³⁷, betrieb, in den sogenannten „Gulasch Kommunismus“ über. Die Folge daraus waren mehr wirtschaftliche Freiheiten und die Liberalität des ungarischen Systems³⁸.

Mit den Zugeständnissen der kommunistischen Führung an die Bevölkerung war sowohl in Polen, als auch in Ungarn 1956 die Phase der schlimmsten Unterdrückung beendet³⁹. Damit war auch ein erster Schritt getan in Richtung freie und unabhängige Staaten.

Der nächste Schritt ging nun einher mit dem Ende des in beiden Ländern herrschenden kommunistischen Systems. Bereits im Jahre 1980 wurde in Polen das Ende des kommunistischen Systems eingeleitet. Mit der Opposition der freien Gewerkschaft unter der Führung Walesas entstand eine starke Gegenbewegung gegen das kommunistische Regime. Gegen Ende der 80er Jahre gelang den beiden Parteien ein gemeinsamer Dialog, der zu einer friedlich entstehenden Demokratie führte. Im Juni 1989 fanden dann weitestgehend freie Wahlen statt, bei denen der Kandidat der freien Gewerkschaft der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident wurde den Polen seit dem zweiten Weltkrieg hatte. Gewonnen hat er mit einer deutlichen Mehrheit. Unter seiner Regierung entwickelten sich nach und nach rechtsstaatliche Strukturen und weitgehende Pressefreiheit. Wirtschaftspolitisch setzte die Gewerkschaft auf eine sogenannte „Schocktherapie“, welche ausschlaggebend für steigende Arbeitslosigkeit und Armut war⁴⁰. Bei einer Schocktherapie wird die Zentralverwaltungswirtschaft in kürzester Zeit in eine Marktwirtschaft umgewandelt⁴¹. 1993 fanden erneut Parlamentswahlen in Polen statt, bei denen die sozialistische Partei die damals stärkste politische Kraft in Polen darstellte. Dies blieb so, bis 2005 die rechtskonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)

³⁶ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

³⁷ Vgl. Duden, Repression, 08.12.2016

³⁸ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

³⁹ ebenda, 28.11.2016

⁴⁰ ebenda, 28.11.2016

⁴¹ Vgl. dbpedia, Schocktherapie (Wirtschaftspolitik), 08.12.2016

unter Kaczynski die Parlamentswahlen gewann. Doch die PiS war nicht in der Lage die wirtschaftlichen Probleme Polens zu lösen und so stieg die Unzufriedenheit der Bevölkerung erneut an. Auch die Koalitionen mit weiteren konservativen bis rechten Parteien gelang der PiS nicht. So setzte sich 2009 die liberale Bürgerplattform PO bei den Wahlen durch, und bildete zusammen mit der Bauernpartei die neue Regierung Polens.

Unter der PO erlebte Polen ein starkes Wirtschaftswachstum welches sich im Land jedoch ungleich verteilte. So erlebten große Städte ein starkes Wachstum während vor allem der Osten, beziehungsweise Südosten, wirtschaftlich hinterher hinkte. Unter der jungen Bevölkerung stieg außerdem die Arbeitslosigkeit. So erhielt die PiS durch die Unzufriedenheit in den ländlichen Gebieten und Ostpolen einen starken Zuspruch. Sie gewann mit ihrem national, zugleich sozial orientierten Programm die absolute Mehrheit im Parlament. Neben dem Ministerpräsident zeigt auch der Partiechef Kaczynski weiterhin starke Dominanz in der PiS Alleinregierung. Er fordert ein neues nationalistisch-christlich orientiertes Polen nach dem Vorbild Orbans. Weiterhin fordert Kaczynski dass Polen in der EU mehr Beachtung erhält und lehnt die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge ab. Er tritt außerdem für mehr Distanz Polens zu Deutschland und Russland ein⁴². An dieser Stelle wird deutlich, dass Polen nicht unbedingt eigene Entscheidungen traf, sondern sich deutlich an Ungarns Regierungsstil orientiert.

In Ungarn begann die Auflösung des kommunistischen Systems mit dem Rücktritt des Generalsekretärs Kadar 1988. Vollständig beendet hat das System die Einführung der neuen Verfassung. Auch in Ungarn fanden daraufhin freie Wahlen statt, allerdings erst im Jahr 1990. Zum neuen Ministerpräsident gewählt wurde dabei der christlich-konservative Politiker Antall. Ähnlich wie in Polen hat mit dem Ende des kommunistischen Systems in Ungarn die Wahlen eine oppositionelle Partei gewonnen. Bis 1994 wurde Ungarn von dem konservativ ungarisch-demokratischen Forum regiert, um dann von der Nachfolgepartei der Kommunisten, den Sozialisten, abgelöst zu werden. Orban, der Vorsitzende der Partei „Fidesz“, wurde dann erstmals 1998 zum Ministerpräsidenten gewählt und wandelte diese von einer liberalen zu einer nationalkonservativen Partei. 2002 verlor Orban die Parlamentswahlen

⁴² Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

gegen die bis 2010 an der Macht stehenden, Sozialisten. Doch die sozialistische Partei regierte nicht mit Ehrlichkeit. Bereits vor den Wahlen 2006 verbreitete sie bewusst Lügen gegenüber der Bevölkerung und schwächte sich zusätzlich durch Korruptionsskandale, neoliberale Politik und den Abbau sozialer Leistungen. Im Jahr 2010 trat dann Orban erneut den Wahlkampf an, wieder als Vertreter ungarisch nationaler Interessen und erreichte mit seiner Partei Fidesz den Sieg. Zusammen mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei stellte er die neue Regierung. Bereits im selben Jahr seines Wahlsieges griff Orban in die Wirtschaftspolitik ein, indem er die private Säule des ungarischen Rentenversicherungssystems verstaatlichte und die Steuern für Arbeitnehmer und Unternehmer senkte. Generell vertrat er eine konservativ-christliche Position sowohl in der Innen- als auch in der Gesellschaftspolitik. Gegen den Widerstand der Wirtschaft plante Orban kurz darauf einen erneuten Eingriff in die Wirtschaftspolitik mit der Bankenabgabe. Aufgrund seiner Menschenrechtspolitik und den Eingriffen sowohl in die Judikative, als auch in die Pressefreiheit, geriet Orban schon mehr als einmal in die Kritik der EU⁴³.

Nachdem nun die grundlegende historische Entwicklung beider Länder grob dargestellt, wurde wird die Verfasserin sich nun explizit mit der Entwicklung der Pressefreiheit und der Entstehung der beiden demokratischen Staaten Polen und Ungarn auseinandersetzen.

Begonnen wird an dieser Stelle mit der Pressefreiheit in Polen. Die Zensur, verordnet während des Kommunismus in Polen, endete mit der Wende 1989. Im Jahr 1990 wurde beschlossen, die Zeitungen zu privatisieren oder sie den Redaktionsgemeinschaften zu überlassen. Damit einher ging das Zerschlagen des staatlichen Pressekonzern RSW. Dieser Beschluss trug schließlich zur Entstehung einer vielfältigen Presselandschaft in Polen bei. Mit der Vervielfältigung der Presse drängte auch das ausländische Verlagswesen auf den polnischen Markt, so zum Beispiel der Axel Springer Verlag. Während die linksliberalen und konservativen Tageszeitungen führend auf dem polnischen Markt waren, blieben die Rundfunk- und Fernsehanstalten noch immer im Besitz des Staates. Zusätzlich zu diesen, wurden dennoch private Sender zugelassen. Theoretisch gesehen sollten die staatlichen Institutionen keinen Einfluss auf die Sender ausüben, praktisch versuchten sie je-

⁴³ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

doch bereits in den neunziger Jahren die Rundfunk- und Fernsehsender mit den eigenen Gefolgsleuten zu besetzen. Bereits in der ersten Amtsperiode der PiS begann diese Druck auszuüben, um leitende Fernseh- und Radiomitarbeiter zu entlassen oder zu versetzen. Zudem beabsichtigte die PiS Kontrollinstanzen zur Beaufsichtigung der Medien zu schaffen. Dieses Vorhaben wurde jedoch nach Kritik von seitens der Verlage und Journalisten fallen gelassen. Trotz allen Widerstandes gelang es der PiS im Jahr 2006 einen ihr genehmen Chefredakteur für die Zeitung „Rzeczpospolita“ einzusetzen. Seither gab es von Seiten der Zeitung eindeutige Unterstützung der Regierung, gerade auch von den führenden Tageszeitungen die vorher eine klare europakritische Position besetzen. Die Medienpolitik Polens lockerte kurzzeitig, unter der Regierung der liberal-konservativen Bürgerplattform, wieder auf. Allerdings versuchte auch die PO die Medien zu kontrollieren, beispielsweise durch die Besetzung des Intendantenpostens. 2015 verschlechterte sich die Situation der Medien wieder durch den erneuten Wahlsieg der PiS. Mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament verabschiedete sie direkt ein neues Mediengesetz, welches den Rundfunkrat außer Gefecht setzt. Weiterhin ermöglicht das Gesetz der Regierung die wichtigsten Führungspositionen in staatlichen Sendern mit den eigenen Gefolgsleuten zu besetzen. Das neue Mediengesetz stößt auf scharfe Kritik in der EU. Seit Machtantritt der PiS haben über 140 Journalisten öffentlicher Rundfunkanstalten die Kündigung erhalten oder selbst gekündigt. Der EU-Kommissar Oettinger sieht eine Gefahr für den Rechtsstaat in Polen, von Seiten anderer Kritiker fallen Begrifflichkeiten wie „Orbanisierung“ oder „Putinisierung“ Polens⁴⁴.

In Ungarn hatten es die Medien anfangs nicht so schwer wie in Polen. In seiner ersten Amtszeit von 1998 bis 2002 als Ministerpräsident hatte Orban wenig Interesse daran in die Pressefreiheit des Landes einzugreifen und befand sich eher auf proeuropäischen Kurs. Dementsprechend hatte er auch kein Interesse an Konflikten mit der EU, zumal Ungarn zu diesem Zeitpunkt nur Anwärtler auf eine Mitgliedschaft war. Folglich gab es zur folgenden Koalition unter Führung der Sozialisten hinsichtlich der Medienpolitik keine Unterschiede. Bis zum erneuten Machtantritt Orbans 2010 präsentierten die Medien ihre Unabhängigkeit von der Regierung bewusst, beispielsweise durch die Aufdeckung des Lügenwahlprogramms der Sozia-

⁴⁴ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

listen. Die daraus folgenden Proteste der Bevölkerung begünstigten den Wahlsieg Orbans nicht unwesentlich und diesmal plante er eine viel entscheidendere Umgestaltung der Medien. Die Verabschiedung des unterdrückenden Mediengesetzes, welches erlaubt die Medien zu kontrollieren und zu bestrafen, fiel Aufgrund der zwei Drittel Mehrheit der Regierung im Parlament sichtlich einfach. Durch die Durchsetzung der neuen Gesetzgebung gab es immer mehr Behörden und Unternehmen, die es vermieden, Anzeigen in staatlichen Medien zu veröffentlichen, um einer Konfrontation mit der Regierung aus dem Weg zu gehen. Weiterhin wurde die Vergabe von Frequenzen bei kritischen Medien, wie beispielsweise dem oppositionellen „Klubradio“ immer mehr eingeschränkt. Wie auch schon der PiS, gelang es nun auch der Fidesz ihre Gefolgsleute als Chefredakteure in zusammengelegten Fernsehsender MTV A einzusetzen. Diese Superredaktion greift bei kritischen Beiträgen ausländischer Korrespondenten mitunter direkt bei Auslandssendern selbst ein. Auf Druck der Regierung musste 2014 der Chef des größten ungarischen Nachrichtenportals „origio.hu“ seinen Arbeitsplatz räumen. Das Interessante daran ist, dass dieses Portal unter der Firma Magyar Telekom eine Tochtergesellschaft der deutschen Telekom ist. Diese äußerte sich zu diesem Vorfall nur zurückhaltend und wehrte alles mit einer internen Umstrukturierung ab, auf die sie keinen Einfluss genommen hat. Auch gegen Ungarn kommen, wie schon gegenüber Polen, starke Kritiken von Seiten der EU. Nicht nur die führenden Sozialdemokraten, auch die Bundeskanzlerin selbst kritisierte das Bild, das Ungarn für die EU trägt. Weitere Stimmen stufen das ungarische Mediensystem als gefährlich ein⁴⁵.

Abschließend betrachtet die Verfasserin nun noch die Entwicklung von Justiz und Verfassung in beiden Ländern. Beide Instanzen sind ausschlaggebend für eine funktionierende Demokratie, deshalb sind Eingriffe sowohl in die Judikative, als auch in die Exekutive und Legislative besonders problematisch⁴⁶. Im polnischen Rechtssystem nimmt der Verfassungsgerichtshof eine der wichtigsten Funktionen ein. Er urteilt über Verfassungsmäßigkeiten und über internationale Verträge, außerdem behandelt er Verfassungsbeschwerden. Neben dem Verfassungsgerichtshof steht der Staatsgerichtshof. Dieser prüft die Vereinbarkeit der Handlungen von Politikern und hohen Funktionsträgern mit der Verfassung und der Gesetzgebung. Mit dem Ende des Kommunismus in Polen konnten beide Instanzen ihre Aufgaben

⁴⁵ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

⁴⁶ ebenda, 28.11.2016

weitestgehend unbeteiligt von der politischen Macht der Regierung durchführen. Doch bereits mit dem ersten Machtantritt der PiS Partei 2005 entstanden ernsthafte Konflikte zwischen der Exekutive und der Legislative. Daraufhin plante die Regierung zusammen mit zwei anderen rechten Parteien den Beschluss des sogenannten „Durchleuchtungsgesetzes“. Dieses Gesetz sollte mittels der kommunistischen Staatssicherheit die früheren Kontakte von Beamten, Politikern und Journalisten überprüfen. Bei einer Verweigerung dieser Untersuchung sollte als Folge die Entlassung der Person folgen. Das Verfassungsgericht machte der PiS allerdings einen Strich durch die Rechnung und erklärte dieses Gesetz als verfassungswidrig aufgrund des Eingriffes in die Menschenrechte. Ebenso vom Verfassungsgericht eingezogen wurde das Gesetz zu Kontrolle der Tätigkeiten der Nationalbank. Die in der Regierung folgenden Intentionen der PO gingen nicht so weit, wie die der PiS, doch auch in ihre Amtszeit musste das Verfassungsgericht in die Gesetzgebung eingreifen. Mit dem Wiederantritt der PiS Regierung und damit auch dem Amtsantritt ihres Vorsitzenden Kaczynskis verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative enorm. Dieser Konflikt entstand durch die geplante Reform des Verfassungsgerichtes. Kaczynski machte deutlich klar, dass die Entscheidungen des Gerichtes für ihn keineswegs bindend seien. Mit der Bestimmung, dass der Verfassungsrichter nicht mehr nur eine einfache Mehrheit, sondern gleich eine zwei Drittel Mehrheit braucht, um einen Beschluss zu fällen, sah sich das Verfassungsgericht in seiner Arbeit gefährdet. Die gleiche Reaktion brachte die Bestimmung hervor, die im Verfassungsgericht eingereichten Fälle in ihrer Reihenfolge und nicht nach ihrer Bedeutung entsprechen abzuhandeln. Vertreter der Europäischen Union sowie des Europarates äußern sich kritisch zu dieser Reform und sehen darin eine Reduzierung der Rolle des Verfassungsgerichtes. Auch eine Gefahr für die Demokratie und die Menschenrechte im Land drohe. Viele Stimmen äußern sich kritisch zur Lage in Polen und sprechen von einer „gelenkten Politik nach Putins Art“. Die EU leitete im Januar 2016 ein EU-Verfahren gegen Polen aufgrund deren umstrittener Justizreform. Ihnen wird vorgeworfen die Regeln der Demokratie zu missachten, doch Konsequenzen für Polen sind eher unwahrscheinlich. Ungarn erklärte sich bereits gegen die Strafmaßnahmen und aufgrund derselben Probleme gründeten die beiden Staaten bereits ein „informelles Bündnis“ gegen Brüssel⁴⁷.

⁴⁷ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

Im Hinblick auf Verfassung und Justiz erscheinen durchaus Parallelen zwischen der ungarischen und der polnischen Politik. Die Veränderungen sind in Ungarn allerdings weitreichender, aufgrund des Amtsantritts Orbans bereits im Jahr 2010. Das nach deutschem Vorbild 1990 eingerichtete Verfassungsgericht galt als starke Instanz besonders vor dem Hintergrund, dass das ungarische Parlament nur aus einer Kammer bestand. Mit der Mehrheit im Parlament übernahm Orbans Regierung die Kontrolle über die Ernennung des Verfassungsrichters, gleichzeitig erhöhte er die Zahl dieser auf 15. Damit hatte Orban gleich mehrere ihm untergeordnete Richter für seine Sache berufen. Um die Gesetze, die trotz seiner eingesetzten Verfassungsrichter für verfassungswidrig erklärt wurden dennoch durchsetzen zu können, erhob Orban sie mit seiner zwei Drittel Mehrheit im Verfassungsrang. Damit war es dem Verfassungsgericht nicht mehr möglich diese zu stoppen, dies betraf unter anderem Teile der Wahlrechtsreform. Da es keine wirkliche Einigung über den Umgang mit der Situation in Ungarn gab, blieb es von Seiten der EU bei einer Androhung des Stimmrechtentzuges für Ungarn in der EU. Nach dem Ende des Kommunismus galt in Ungarn noch immer die alte kommunistische Verfassung von 1949. Lediglich eine Verfassungsänderung erklärte Ungarn 1989 zu einem Rechtsstaat und einer parlamentarischen Demokratie. Die zu starke sowjetische Orientierung störte Orban und so verabschiedete die Fidesz noch im selben Jahr ein neues Grundgesetz, welches bereits zum 01.01.2012 in Kraft trat. Das neue Grundgesetz ist stark von nationalen Gedanken geprägt und soll Ungarn im Hinblick auf seine ethnischen, historischen Zugehörigkeiten einigen. Ein Problem stellen dabei allerdings die Minderheiten wie die Roma dar⁴⁸.

Zusammenfassend wird deutlich, dass sowohl die polnischen, als auch die ungarische Medien ihre Freiheiten immer wieder gegenüber Kontrollübernahmen behaupten mussten. Doch auch die Länder selbst sahen immer wieder gegenüber anderen untergeordnet. Als Folge daraus sahen sich beide Regierungschefs scheinbar immer in der Position, sich gegenüber anderen zu behaupten. Was deutlich wird ist, dass Polen sich exakt an der Regierungspolitik Orbans orientiert. Man könnte also sagen, Orban dient in seiner Position durchaus als Vorbild. Ob positiv oder negativ bleibt nachfolgend zu klären.

⁴⁸ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

3 Einschränkungen in der freien Meinungsäußerung

Im folgenden Kapitel wird sich die Verfasserin dieser Arbeit mit den Medienreformen Polen und Ungarns auseinandersetzen. Dabei wird darauf eingegangen, wie diese Reformen sich mit den europäischen Standards vereinen lassen. Weiterhin wird sich in diesem Kapitel die Reaktion der Medienlandschaft sowohl in den beiden Ländern, als auch außerhalb dieser widerspiegeln. Dabei wird sich die Verfasserin mit Berichterstattungen verschiedenster Journalisten und Verbände auseinandersetzen und diese auswerten. Dabei werden auch die durchgeführten Experteninterviews in diesem Kapitel ihren Platz finden.

3.1 Die umstrittene Medienreform Polens und Ungarns

Die immer lauter werdende Kritik seitens der Europäischen Union an Polen und Ungarn kommt nicht von ungefähr. Anlass sind die Verabschiedungen der neuen Mediengesetze in beiden Ländern. Betroffen sind dabei jedoch nicht nur die Medien, beide Regierungen sind im Umbau des gesamten Staates. Im Folgenden wird die Verfasserin sich mit der Umstrukturierung der Gesetze beschäftigen und die neuen Regelungen Polen und Ungarns aufführen. Auch die aktuelle Aufstellung der Medien wird in diesem Abschnitt eine Rolle spielen. Als erstes möchte die Verfasserin noch einmal anführen, dass die Situation der politischen Opposition eines Landes sowie der Umgang mit seinen Minderheiten die wesentlichsten Merkmale einer funktionsfähigen Demokratie darstellen. Bei Eingriffen in diese Rechte kann man davon ausgehen, dass die Entwicklung der Demokratie des Landes Defizite aufweist.

Mit dem Wahlsieg der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ im Herbst 2015 weist die parlamentarische Opposition Polens eine wesentlich schwächere Lage auf, als in den Legislaturperioden zuvor. Durch die absolute Mehrheit, die die PiS mit ihrem Sieg im Parlament errungen hat, sowie der Sieg der Präsidentschaftswahlen, ist eine wirksame Arbeit der Opposition schwierig. Auch gegen die Opposition mache Parteivorsitzender Kaczynski seine Missachtung klar. In ihrem Wahlprogramm pro-

pagierte die PiS den guten Wandel des Staates und stellte Polen dabei klar über die demokratischen Prozesse und die Verfassung⁴⁹. Die aktuelle Staatsform Polens ist die Republik mit einem Regierungssystem basierend auf der parlamentarischen Demokratie. Als Verbindungsland zwischen Osten und Westen weist das Mediensystem Polens sowohl östliche, als auch westliche Tendenzen auf. Das System kann als pluralistisch bezeichnet werden und entwickelte sich in den letzten Jahren immer mehr hin zum westlichen Mediensystem⁵⁰. Unter Pluralismus versteht man nach der Bundeszentrale für politische Bildung das zentrale Leitbild eines modernen demokratischen Staates. Die politische Ordnung und Legitimität dieses Systems beruht auf der Anerkennung und dem Respekt vor einer freien Meinungsbildung, sowie freien und persönlichen Überzeugungen, Interessen, Zielen und Hoffnungen. Dementsprechend sollte keiner in der Lage sein, seine Ansichten anderen aufzuzwingen⁵¹. Mit dem Machtantritt der rechtskonservativen PiS ist die Medienfreiheit in Polen trotz allem stark gefährdet. Hinzu kommt, dass die Regierung immer mehr vom allgemein freiheitlichen europäischen Kurs abdriftet⁵².

Die aktuelle Organisationsform der Presse in Polen ist privat-kommerziell, vor allem ist der Tageszeitungs- und Zeitschriftenmarkt dynamisch darstellbar. Dominiert wird der polnische Pressemarkt von deutschen Medienhäusern wie beispielsweise dem Axel Springer Verlag oder dem Bauer Verlag. Die einzigen polnischen Medienhäuser sind die Polskapresse und die Agora. Das Rundfunksystem Polens ist vergleichbar mit dem dualen System in Deutschland, auf der einen Seite privat und auf der anderen Seite öffentlich rechtlich. Die Finanzierungslage des Rundfunks ist seit jeher schwierig. Zwar kommt ein Teil von Werbeeinnahmen, doch der andere Teil wird durch Gebühren finanziert, die allerdings nur von einem Teil der Bevölkerung bezahlt werden. Neben den 237 Radioprogrammen gibt es in Polen noch circa 242 Fernsehsender. Diese teilen sich auf in ein sogenanntes Oligopol zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk TVP, den privaten Sendern TVN und Polsat⁵³. Der polnische Markt hat also viele Anbieter, die wiederum zu wenigen Nachfragern gegenübersteht⁵⁴. Das Internet war in Polen in der Vergangenheit mit hohen Kosten

⁴⁹ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Demokratie/ Pressefreiheit, 28.11.2016

⁵⁰ Vgl. Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Polen, 29.11.2016

⁵¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Pluralismus, 08.12.2016

⁵² Vgl. Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Polen, 29.11.2016

⁵³ ebenda, 29.11.2016

⁵⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Oligopol, 08.12.2016

verbunden, weshalb es keine große Nutzung fand. Mit der Steigerung der Bandbreiten fielen auch die Kosten und somit stieg die Nutzung⁵⁵. Nicht nur die Medienfreiheit des Rundfunks, die Medienfreiheit gesamt Polens ist aufgrund der politischen Entwicklung und dem Weg den die Regierung einschlägt stark bedroht. Diese Tendenzen entstanden allerdings nicht grundlos. Mit Machtantritt der PiS war diese auch in der Lage alleine zu regieren. Im selben Atemzug wie dem Wahlsieg, verabschiedete sie bereits ein neues Mediengesetz, welches der Regierung erlaubt, die öffentlich-rechtlichen Medien in ihre direkte Abhängigkeit zu setzen. Diese Abhängigkeit beginnt damit, dass der Schatzminister sowohl die Rundfunkdirektoren, als auch die Verantwortlichen der staatlichen Nachrichtenagenturen ernennt. Diese neue Regelung bedroht nicht nur die Unabhängigkeit der Medien Polen, es bringt auch dessen kommunikative Grundordnung durcheinander. Diese Grundordnung ist zum einen durch die Verfassung geschützt. So ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit im Kapitel II Artikel 54 Absatz 1 der polnischen Verfassung verankert. So heißt es in dem Artikel: „die Freiheit, die Anschauungen zu äußern sowie Informationen zu beschaffen oder zu verbreiten [...] jedermann gewährleistet“. Zusätzlich zu diesem Artikel ist im Absatz 2 die Zensur der Medien vorbeugend verboten, es heißt: „die Presse [...] nicht erlaubnispflichtig“. Diese Regelungen sind nicht so umfassend niedergeschrieben, wie in der deutschen Verfassung, doch in der Praxis sollten diese gegeben sein. Weiterhin ist die Pressefreiheit durch die Landesgesetze geschützt. So sichert das Pressegesetz Polens die Pressefreiheit, sowie die Unabhängigkeit der Presse. Der Rundfunkmarkt wiederum wird durch die Rundfunkverordnung gesteuert, diese wurde 2004 an die Richtlinien der EU angepasst. Diese Richtlinien geben vor, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Aufgabe hat, zu informieren und zu unterhalten. Des Weiteren sollte er seinen Bildungsauftrag erfüllen und die polnische Kultur stärken⁵⁶.

Der Pressemarkt in Polen wird von keiner staatlichen Behörde reguliert. Die im Abschnitt vier des Pressegesetzes geregelte Einberufung des Presserates ist aufgrund unklarer Formulierungen bedeutungslos. Eine freiwillige Selbstkontrolle, wie die des Presserates in Deutschland hat sich in Polen bisher nicht etablieren können. Auch das Internet untersteht keiner staatlichen Behörde. Zusammengefasst

⁵⁵ Vgl. Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Polen, 29.11.2016

⁵⁶ ebenda, 29.11.2016

lässt sich das neue Mediengesetz in Polen wie folgt schildern: Mit in Kraft treten des neuen Gesetzes wurden in Polen mehrere neue Fernseh- und Rundfunkchefs ernannt, mehrere leitende Redakteure wurden entlassen und neue Geschäftsführer ernannt. Diese werden auch weiterhin nicht mehr durch die Rundfunkkommission ausgewählt, sondern vom Schatzminister ernannt. Der Medienrat, besetzt von Anhängern die PiS-Partei, ersetzt alle bisherigen Kontrollgremien⁵⁷.

Bereits vor den Wahlen in Ungarn äußerte sich Orban in Richtung Reformänderung, nachdem der erste Versuch in seiner ersten Amtsperiode gescheitert ist. Mit seinem Wahlsieg erhielt Orban nicht nur eine konstantere Regierung, sondern auch die zwei Drittel Mehrheit im Parlament, die er benötigt, um weitreichende Verfassungsänderungen vorzunehmen. Orbans Regierung nimmt in ihrer Politik immer wieder bewusst Bezug auf die national-ungarische Identität des Landes. Diese und die jahrelange Kontrolle anderer nutzt die Regierung, um das Land an dieser Stelle wieder politisch zu einen. Dementsprechend ist die ungarische Regierung auch heute in Europa auffällig durch ihre außergewöhnlich historisch orientierte Selbstdarstellung. Man könnte daraus die deutliche Abgrenzung gegenüber politischer Ansprüche und der Kritik aus der EU ableiten. Orban sieht sich oft missverstanden in seiner Politik und kritisiert das Unwissen gegenüber den Besonderheiten seines Landes. Er wehrt sich vehement gegen das Einmischen der EU oder anderer Nationen in seine Regierung⁵⁸.

Ungarn hat aktuell die Staatsform einer parlamentarischen Republik und ein parlamentarisches Regierungssystem. Die Presse ist privat-kommerziell orientiert. Die größten Medienunternehmen sind großen Privatfernsehgesellschaften zugeteilt und unter den 20 größten Medienunternehmen ist nur eines vollständig im Besitz eines ungarischen Unternehmens. Auch der Printmedienmarkt wird von ausländischen Unternehmen dominiert. Allerdings ist nach Meinungen der Fachleute bereits eine Re-Nationalisierung, aufgrund der abschreckenden Medienpolitik Orbans, zu erkennen⁵⁹. Das bedeutet im Allgemeinen, dass es immer mehr nationalistische beziehungsweise EU-kritische Tendenzen im Land gibt⁶⁰. Als Folge daraus springen

⁵⁷ Vgl. Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Polen, 29.11.2016

⁵⁸ Vgl. DGAPbericht, Ungarn in den Medien 2010-2014, Seite 4 f.

⁵⁹ Vgl. Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Ungarn, 29.11.2016

⁶⁰ Vgl. The European.eu, Renationalisierung in Europa, 08.12.2016

immer mehr ausländische Investoren ab. Aktuell gibt es auf dem ungarischen Pressemarkt 10 nationale und 24 lokale Tageszeitungen, wobei diese auf dem hoch konzentrierten Markt oft als Informationsmonopol, also als alleinige Anbieter, auftreten⁶¹.

Neben den Printmedien sind auch die Rundfunkmedien sowohl privat, als auch öffentlich-rechtlich vertreten. Die Nutzung des Internets in Ungarn nimmt zu. Sowohl durch das Web 2.0, als auch die sozialen Netzwerke, ist die Nutzung in den letzten Jahren gestiegen. Die Medienaufsicht in Ungarn ist stark zentralisiert und neben ihr verwaltet das staatliche Ministerium für Information und Kommunikation alle wichtigen Aktivitäten. Kürzlich wurde aus ihr die Superbehörde NMHH ausgegründet. Ebenso wie in Polen ist auch in Ungarn die Medienfreiheit seit 2010 durch die neuen Gesetzgebungen bedroht. Doch schaut man sich einmal die Grundordnung an, wird deutlich, dass diese in der Verfassung geschützt ist. Presse-, Informations-, und auch die Medienfreiheit sind durch das Pressegesetz von 1986 und durch das Mediengesetz von 1996 verfassungsrechtlich geschützt. Darin geregelt sind die Einführung neuer Medienangebote und die Sicherung der redaktionellen Freiheit, sowie des Zensurverbots. Betrachtet man dagegen die Landesgesetze, werden deutliche Einschränkungen hinsichtlich der Pressefreiheit durch die neue Mediengesetzgebung Orbans sichtbar. Nicht nur, dass die Regierung durch das Gesetz mehr Kontrolle über die Medienlandschaften ausüben kann, diese stehen damit auch weitgehend unter Druck⁶².

Orban hat mit seinem Gesetz nicht nur die Inhalte reformiert, er greift auch wesentlich in die Strukturierung der Medien ein. Die Medienaufsicht in Ungarn ist vollkommen zentralisiert und eine einzige Behörde bewacht, dass die Medien weder die Werte noch das Ansehen des Landes beschädigen. Der unter dem Einfluss der Regierung stehende Medienrat hat somit die Befugnisse, die Berichterstattungen sämtlicher Medien zu überwachen und diese auch einzuschränken. Der Presse- und Rundfunkmarkt sind durch die Institution ORTT reguliert, diese verhindert weiterhin die Verbreitung gefährdeter Inhalte. Nachdem sowohl die europäische Kommission, als auch internationale Behörden Druck auf Orban ausübten, entschärfte dieser die Mediengesetze in den Jahren 2011 und 2012 etwas, doch der Verfas-

⁶¹ Vgl. Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Ungarn, 29.11.2016

⁶² ebenda, 29.11.2016

sungszusatz blieb bestehen. Dieser macht es dem Verfassungsgericht unmöglich, Orbans Gesetze rückwirkend für verfassungswidrig zu erklären und schwächt somit den Einfluss des Verfassungsgerichtes auf die Regierung⁶³.

Zusammenfassend setzt sich das 2010 verfasste Mediengesetz Ungarns wie folgt zusammen: Die Kontrollbehörde NMHH wurde gegründet, diese ist dem Parlament direkt unterstellt. Die NMHH besteht aus 5 Mitgliedern, welche auf 9 Jahre gewählt werden, dies ist erheblich länger als Regierungsperioden normalerweise dauern. Die sogenannte Superbehörde überwacht alle auf dem ungarischen Medienmarkt waltenden Organe und kann bei Verstößen gegen das Mediengesetz Sanktionen verhängen. Die öffentlich-rechtliche Presselandschafts Ungarns wird ausgehöhlt, das heißt die gesamte Programmgestaltung, sowie Immobilien und Produktionsstätten mit Archiven und Mitarbeitern werden zur neuen staatlichen Zentralredaktion MTVA zusammengelegt. Diese Zentralredaktion wiederum gibt nun alle Nachrichten und alle anderen Programme in Auftrag⁶⁴. Bereits im darauffolgenden Jahr sah sich Orban gezwungen das Gesetz abzumildern. Die international ausgeübte Kritik war selbst für die ungarische Regierung nicht tragbar. So wurden die Möglichkeiten die Medien staatlich zu zensieren gemindert und der Quellenschutz für Journalisten wieder angehoben. Auch die Kontrollmöglichkeiten der NMHH wurde herabgesetzt. Dennoch bleibt die Behörde der Fidesz nach wie vor treu und auch die Ernennung des Behördenchefs obliegt weiterhin dem Ministerpräsidenten⁶⁵.

In den Interviews die, die Verfasserin mit den Journalisten geführt hat, wurde deutlich, dass diese einheitlich der Meinung sind, dass die Medienfreiheit eines der wichtigsten Güter unseres Landes ist. Doch nach Meinung von Frau Kleeberg, Journalistin in Chemnitz seit 1987, ist dieses Gut ein Luxus, den sich nicht jeder leisten kann⁶⁶. In Ungarn und Polen ist die Medienfreiheit nicht einmal mehr ein Luxus. Der Einfluss der durch die staatlichen Behörden ausgeübt wird macht es immer schwerer für Journalisten sich zu entfalten.

⁶³ Vgl. Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Ungarn, 29.11.2016

⁶⁴ Vgl. Ladwig-Tils, Neues Mediengesetz und Verfassungsänderung, Seite 4 f.

⁶⁵ Vgl. Zeit Online, Ungarn entschärft umstrittenes Mediengesetz, 29.11.2016

⁶⁶ Katrin Kleeberg, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

Nach Frau Mundus, ebenfalls freiberufliche Journalistin, ist die politische Wandlung in den beiden Ländern deutlich erkennbar. Die regierende Staatsmacht will nicht nur eine Regierung sein sondern eine deutliche Staatsmacht⁶⁷.

3.2 Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht

Immer wieder erheben sich Vorwürfe, sowohl gegen Polen, als auch gegen Ungarn, das die betriebene Medienpolitik gegen die Normen und Werte der EU verstoße. Doch was ist eigentlich dran an Behauptungen, wie denen vom Präsidenten des europäischen Parlaments, dass Polen eine Politik nach russischem Vorbild betreibe und den europäischen Grundwerten widerspricht. Auch über Sanktionen wird gesprochen, sollte die Verletzung der europäischen Werte tatsächlich vorliegen⁶⁸. In diesem Abschnitt möchte die Verfasserin klären, ob und, wenn ja, gegen welche Werte denn verstoßen wird. Nach der Autorin Holtz-Bacha kommt den Medien in der Demokratie eine wichtige Rolle zu⁶⁹. Diese Aussage deckt sich mit der Definition der Demokratie der Bundeszentrale für politische Bildung, welche die Medien als vierte Gewalt einer Demokratie beschreibt. So stehen diese für den Europarat in unmittelbarem Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Demokratie. Dementsprechend sind die Medien für die Funktionalität eines demokratischen Staates unverzichtbar. Doch nicht nur für den Staat sind die Medien wichtig, auch für dessen Bürgerinnen und Bürger. Sie stellen der Bevölkerung eines Landes genau die Informationen zur Verfügung, die sie benötigen, um sich eine individuelle Meinung sowie einen freien Willen zu bilden. Die Einflussnahme einer Regierung auf die Medien schränkt die freie Berichterstattung ein und verhindert somit die den Medien zugrundeliegende Möglichkeit zur freien Meinungs- und Willensbildung. Greift also die Regierung in die Berichterstattung der Medien ein, nimmt sie ihrer Bevölkerung das Grundrecht der freien Meinungsäußerung. Und somit wird auch die Demokratie eines Landes angegriffen⁷⁰.

⁶⁷ Jana Mundus, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 25.11.2016

⁶⁸ Vgl. tagesschau, Umstrittenes Mediengesetz in Polen, 19.11.2016

⁶⁹ Vgl. Holtz-Bacha, Medienpolitik für Europa II, Seite 98 ff.

⁷⁰ Vgl. Holtz-Bacha, Medienpolitik für Europa II, Seite 98 ff.

Geht man noch einmal auf den Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ein wird deutlich, dass nicht nur der Eingriff in die Freiheit der Medien, sondern auch das Hinwegsehen über die im Artikel gewünschte Vielfalt der Medien nach Meinung der Verfasserin eine klare Verletzung Europäischer Werte darstellt. Dementsprechend kann eine Vereinbarung mit dem EU-Recht in diesem Fall nicht vorliegen. Was jedoch dagegen spricht, ist die Reaktion, oder besser gesagt, die Reaktionslosigkeit Europas. Wenn, wie von der Verfasserin vermutet, tatsächlich eine Verletzung dieser Grundwerte vorliegt, warum gibt es dann nur kritische Äußerungen gegenüber den waltenden Regierungen aber kein Einschreiten von Seiten der EU?

Zumindest den Versuch kann man erwähnen. So versuchte die EU-Kommission den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus gegen Polens Regierung einzusetzen. Die Folgen sind eine Reihe von Fragen und zum Schluss kann die Aufforderung stehen, die Gesetze zurückzuziehen. Doch wirklich etwas ausrichten kann die Kommission damit nicht. Laut der Journalisten Rybinska ist das im Endeffekt auch nicht wirklich notwendig. Sie verweist auf die Situationen in Spanien und Frankreich. Auch da wurden Posten in den Medien so besetzt, wie es sich die Regierung gewünscht hat. Doch protestiert hat dort, außer den Journalisten, niemand. Und nach Meinung Rybinskas interessiert das in Europa niemanden. Ihr Vorschlag ist es, sich mit Polen in einer Debatte an den runden Tisch zu setzen. Die Medienhetze auf beiden Seiten, sagt sie, ist eher kontraproduktiv und hilft dementsprechend niemanden. Glaubt man den Worten der Expertin internationaler Politik, so ist das, was in Polen aktuell passiert, durchaus europäischer Standard⁷¹. Auch der Europaabgeordnete der Linken, Helmut Scholz, ist der Ansicht, dass eine Aussprache zwischen der polnischen Regierung und der EU unabdingbar ist. Allerdings ist er der Meinung, dass entsprechend den Ansichten der Verfasserin, die Einhaltung demokratischer Grundwerte für alle Mitgliedsstaaten der EU gleichermaßen gelten muss, um Einschränkungen freier Grundwerte zu verhindern⁷².

Und genau da beginnt, nach Meinung der Verfasserin, das Wanken europäischer Grundwerte. Wie soll die Durchsetzung der Werte, beispielsweise bei Beitrittsländern, eingefordert werden, wenn diese nicht einmal innerhalb der EU standardisiert

⁷¹ Vgl. DieLinke, Das Zaudern Europas gegenüber Polen und Ungar, 19.11.2016

⁷² ebenda, 19.11.2016

sind, sondern nach Aussage verschiedenster Experten je nach Wunschlage angepasst werden? Die Union sollte an dieser Stelle ansetzen die Standards der EU anzuheben. Besonderes Augenmerk sollte hierbei darauf liegen diese Standards für alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen einzusetzen und vor allem durchzusetzen. Ein guter Ansatzpunkt könnte damit einhergehen den Medien in allen Mitgliedsländern ihre Vielfalt zu gewährleisten, so wie es auch grundrechtlich in der Union geschützt ist. Dabei sollten allen voran Einflussnahmen durch Regierungen verhindert werden, und wenn bereits passiert, sollte dagegen vorgegangen werden. Eine gute Möglichkeit dafür könnten, wie bereits vorab erwähnt, Sanktionen gegen betroffene Länder sein. Bei einer Sanktion handelt es sich im Allgemeinen um eine belohnende oder strafende Reaktion auf ein gewisses Verhalten. Rechtlich gesehen handelt es sich bei einer Sanktion um die Bekräftigung eines Gesetzes beziehungsweise um das Androhen von Strafmaßnahmen, sollten diese Gesetze Normüberschreitend oder Rechtsverletzend sein⁷³. Nach Meinung der Verfasserin sollte es jedoch nicht nur beim Androhen der Strafmaßnahmen verbleiben. Besonders mit Augenmerk auf Ungarn sollte definitiv von Seiten der EU gegen die von Orban geführte Medienpolitik vorgegangen werden, um neben Polen noch weitere Nachahmer zu verhindern.

Um die zu Beginn diesen Abschnittes stehende Frage zu beantworten, ist es nach Meinung der Verfasserin erst einmal notwendig, Europäische Grundwerte vorab zu standardisieren. In der aktuellen Medienlage Polens und Ungarns vertritt die Verfasserin ganz klar den Standpunkt, dass diese Art der Politik nicht EU-konform ist. Nicht nur der Grundsatz der einzuhaltenden Medienvielfalt, auch der der Meinungsäußerungsfreiheit wird in beiden Ländern deutlich missachtet. Damit einher geht bei genauer Betrachtung auch eine Verletzung von Menschenrechten. Mit der Verletzung dieser Rechte geht auch die Verletzung demokratischer Standards einher.

⁷³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Sanktion, 09.12.2016

3.3 Die Reaktionen der Medienlandschaft

Um einen besseren Eindruck zu erhalten, inwiefern sich die Situationen in Polen und Ungarn auf die übrigen Medien unserer Welt auswirkt, wird die Verfasserin sich in diesem Abschnitt ihrer Arbeit mit verschiedenen Berichterstattungen auseinandersetzen und Journalisteninterviews auswerten.

Nach Meinung der Arbeitsgruppe Ungarn, welche sich mit den Presseberichterstattungen über Ungarn in den Jahren 2010-2014 beschäftigt, ist die Berichterstattung in den Medien teilweise unvollständig oder sogar einseitig und fehlerhaft. So besteht die Einseitigkeit häufig aus Berichten darüber, dass sich das Land Ungarn unter der rechtskonservativen Regierung Orbans immer mehr von den demokratischen Grundsätzen des Westens zurückzieht. Wiederum wiesen viele der Berichte Widersprüche auf. Viele davon sind mit Vorwürfen geprägt, dass das antisemitische Klima in Ungarn oft Begünstigungen findet. Bei Interviews mit ungarischen Personen gehen Journalisten oft mit einem vorgeprägten negativen Landesbild in das Gespräch. Schon diese Beispiele zeigen, dass die Reaktion der Medien oft auf Unwissenheit beruht. Das wiederum macht deutlich, dass die Notwendigkeit besteht, sowohl die Lage, als auch die Entwicklung in Ungarn genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Beziehung zwischen Deutschland und Ungarn ist traditionell guter Natur, das passt allerdings nicht zu dem Bild, das von Orban und seiner Regierung durch die Medien vermittelt wird. Die gestörte Beziehung Ungarns zur Europäischen Kommission und der Mitgliedsstaaten bleibt in diesem Kontext auch zu nennen. Die gemeinsame Auffassung der Union ist wichtig für deren Handlungsfähigkeit. Die Kritik an Orban und seiner Regierung ist seit seiner weitreichenden verfassungsrechtlichen und gesetzgeberischen Veränderungen immer lauter geworden. Gerade Deutschland, zu dem Ungarn eigentlich eine gute Beziehung pflegte, äußert sich besonders kritisch. Dabei sollten diese Berichterstattungen allerdings nach Empfehlung der Arbeitsgruppe vorher grundlegend auf ihre Tatsachen überprüft werden. Dabei beachtet werden sollten die wesentlichen Kritikpunkte, die gegenüber Ungarn von Seiten der EU und der internationalen Presse formuliert werden. Weiterhin sollte überprüft werden ob sowohl Fakten, als auch die hervorgebrachte Kritik übereinstimmen. Gibt es zwischen Ungarn und anderen EU-Staaten tatsächlich unterschiedliche Ansichten und Standpunkte? Und wenn es

Missverständnisse gibt, wie können diese aufgeklärt werden, um eine bessere Verständigung zwischen Ungarn und der EU zu ermöglichen und welche Rolle spielt Deutschland dabei?⁷⁴ Weiterhin weist die Gruppe darauf hin, dass es aufgrund der unvollständigen, einseitigen und mitunter fehlerhaften Berichterstattungen dem Leser kaum möglich ist, heraus zu filtern, ob die Entwicklung in Ungarn tatsächlich gegen europäisch demokratische Werte verstößt⁷⁵.

Im Laufe ihrer Recherche für diese Arbeit hat die Verfasserin viele Berichterstattungen verschiedenster Medien durchgelesen. Dabei ist ihr immer wieder aufgefallen, wie aggressiv teilweise gegen Ungarn und Polen vorgegangen wird und wie dabei den Lesern vorgegaukelt wird, die EU stünde vor dem Aus und der Rechts extremismus übernimmt unsere Welt. Doch was genau ist dran an den verschiedenen Aussagen? Liest man sich zu diesen Artikeln noch die Leserkommentare durch, wird deutlich, dass viele anderer Meinung sind und die Autoren als „links“ bezeichnet werden. Auch Vorwürfe der Unwissenheit und der fehlenden Hintergrundinformationen häufen sich unter den Kommentaren. Die Verfasserin ist der Meinung, dass, wenn kritisiert wird, dann in einer angemessenen und vor allem einer berechtigten Art und Weise. Vergleicht man beispielsweise die Beiträge der Frankfurter Rundschau „Kritik kann nicht laut genug sein“ und die des European Journalism Observatory „Alles im Griff“ könnte man meinen, man vergleicht Äpfel mit Birnen. Einerseits erhält man klare und sachliche Informationen, andererseits bekommt man Kritikpunkt nach Kritikpunkt an den Kopf geworfen.

Auch Frau Kleeberg verwies während des Interviews auf die Verrohung der Sprache im Journalismus. Nach ihren Worten sind Journalisten das Sprachrohr der Demokratie, dementsprechend sollte die Berichterstattung auch niveauvoll sein⁷⁶. Und wie auch die Verfasserin bereits erwähnt hat, sollte die Kritik auf eine Art und Weise vorgebracht werden, die weder aggressiv, noch feindselig ist. Was sich während der Recherchearbeit der Verfasserin auch bestätigt hat, ist das, was die Arbeitsgruppe Ungarn in Bezug auf Interviews angesprochen hat. Die Interviews, die mit Experten sowohl innerhalb, als auch außerhalb Ungarns geführt werden, sind bereits mit einer voreingenommenen Meinung geprägt, so das Gefühl der Verfas-

⁷⁴ Vgl. DGAPbericht, Ungarn in den Medien, Seite 3 ff

⁷⁵ ebenda. Seite 21 f

⁷⁶ Katrin Kleeberg, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

serin. Während der weiteren Auswertung der geführten Interviews wurde der Verfasserin wiederum deutlich, dass es auch für Journalisten heutzutage nicht leicht ist ihren Job auszuführen. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern müssen Journalisten ihre Informationspflicht ausüben. Doch durch die aktuelle Lage vieler Länder ist es für die Informationsträger immer schwieriger an Informationen heran zu kommen. Im Gespräch mit Jana Mundus wird deutlich, wie stark sich das Bild vom Journalismus verändert hat. Die Skepsis der Menschen wird immer größer und es fällt ihnen schwerer, an das zu glauben, was die „Lügenpresse“ schreibt. Wenn man dann noch liest, dass die Kritik, die ausgeübt wird, nicht belegbar ist und unzureichend Informationen vorhanden sind, ist es nicht verwunderlich, dass man als Normalbürger irritiert ist. Betrachtet man das Ganze nun aber aus einer anderen Sichtweise, mit dem hintergründigen Standpunkt, den Frau Mundus angesprochen hat, wird der Verfasserin folgendes deutlich: Wie sollen Journalisten und Medien generell Berichte erstatten, wenn die Informationen, die sie erhalten, selbst unzureichend und fehlerhaft sind⁷⁷? Möglicherweise liegt das Problem nicht bei den Informationsträgern, sondern eher bei den Informationsgebern. Mit Sicherheit ist nicht abzustreiten, dass auch diesen häufig die Worte im Mund umgedreht werden, doch ist es scheinbar in der aktuellen Lage nicht möglich verlässliche Informationen zu erhalten. Was weiterhin nicht unvergessen bleiben sollte ist, dass jede geäußerte Meinung und jedes gesagte Wort schlussendlich Auslegungssache ist und von jedem Menschen anders interpretiert wird.

Was zuletzt unbestritten bleibt ist, dass der Umgang mit den Medien in Polen und Ungarn in anderen Ländern auf wenig positive Reaktion stößt. Inwieweit diese Art der Berichterstattungen angebracht ist, lässt sich für die Verfasserin nur schwer beurteilen. Was deutlich wird ist, dass bei vielen Berichten die Meinung des Verfassenden oft mit in den Bericht einfließt und diesen so beeinflusst. An dieser Stelle wird es schwierig für den Leser, sich eine eigene Meinung zum behandelten Thema zu bilden. Da dies allerdings einer der Grundaufgaben der freien Medien ist, sieht man bereits an diesem Punkt, dass sie, nach Meinung der Verfasserin, nicht mehr funktionieren können.

⁷⁷ Jana Mundus, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 25.11.2016

4 Gefahren für die Europäische Union

Wird es noch mehr Länder geben, die es Ungarn und Polen gleichtun? Wird die Union immer mehr von Rechtspopulistischen Parteien übernommen? Sorgt das alles für eine halbherzige Umsetzung europäischer Standards? Mit diesen drei Fragen und gleichzeitig Gefahren für die Union wird sich die Autorin in diesem Kapitel und damit dem Herzen ihrer Arbeit beschäftigen.

4.1 Ungarn als Vorbild europäischer Regierungspraxis

Der Trend, der in den letzten Jahren in Europa immer mehr zugenommen hat, ist der, dass Gesetze gegen Terrorismus und Spionage zur Einschränkung von verfassungsrechtlich gesicherten Freiheitsrechten genutzt werden⁷⁸. Weiterhin werden immer mehr Medien im ganzen Land unter Druck gesetzt⁷⁹. Nicht nur Russland, Griechenland und die Türkei sind dabei zu nennen, auch in Polen, Ungarn und sogar in Deutschland, Italien und Frankreich sagen Parteispitzen, wo es langgeht. Für Politiker sind die Medien ein großer Machtfaktor, den es unter Kontrolle zu bringen gilt. Für Medienleute selbst sind die Medien nur noch eine geringe Macht. Die Meinungsfreiheit und damit entsprechend auch die Medienfreiheit werden immer weiter eingeschränkt⁸⁰. Was passiert nun, wenn es immer mehr Länder gibt die es Putin und Orban gleichtun? Ist dann wirklich alles so schlecht? Oder hat Orban mit seiner Regierungspolitik am Ende doch recht?

Die Kritik, die immer wieder gegenüber Ungarn erhoben wird, hat nach Meinung der Arbeitsgruppe Ungarn oft weder Hand, noch Fuß. Die Vorwürfe, Ungarn betreibt starken Antisemitismus, ginge schlecht mit seinen Obdachlosen um und die Lage der Minderheiten im Land lasse zu wünschen übrig, sind kaum belegbar. Eigentlich sollte Ungarn in diesem Fall ein gutes Vorbild sein für Länder mit ähnlichen Problemen. Was oft unter die Hand fällt ist, dass Orban mit seiner Regierungspolitik das Land aus vielen verschiedenen kritischen Situationen geholt hat, welche durch frühere Regierungen hervorgerufen wurden. Ungarn hat traditionell eine starke antisemitistische Strömung, doch mit Regierungsantritt Orbans hat diese eher

⁷⁸ Vgl. Die deutsche Welle, Pressefreiheit auch in Europa bedroht, 19.11.2016

⁷⁹ Vgl. Die deutsche Welle, Pegida, Landesverrat, Vielfalt, Pressefreiheit mehrfach gefährdet, 19.11.2016

⁸⁰ Vgl. European Journalism Observatory, Alles im Griff, 19.11.2016

abgenommen als zugenommen. Dass dies in Berichterstattungen nicht erwähnt wird, liegt am Einzug der Jobbik-Partei. Durch sie wird der Antisemitismus lauter und präsenter. Was allerdings dagegen spricht, ist die wortwörtliche Übernahme Orbans der EU-Direktive in das ungarische Bürgerliche Gesetzbuch⁸¹. In der Direktive über die Hetze gegen Gemeinschaften heißt es⁸²:

(Artikel IX Absatz 4): „Die Ausübung der Freiheit der Meinungsäußerung kann sich nicht auf die Verletzung der Menschenwürde Anderer richten. (5) Die Ausübung der Freiheit der Meinungsäußerung kann sich nicht auf die Verletzung der Würde der ungarischen Nation und nationaler, ethnischer, rassischer oder religiöser Gemeinschaften richten. Personen, die einer solchen Gemeinschaft zugehören, sind – gemäß den Bestimmungen in einem Gesetz – berechtigt, gegen eine gemeinschaftsverletzende Meinungsäußerung ihre Ansprüche wegen der Verletzung ihrer Menschenwürde vor Gericht geltend zu machen.“

Als schlechte Wandlung kann man diese Verfassungsänderungen nicht sehen, doch sie sind insofern gefährlich, dass sie die Grundlage zur Einschränkung der freien Meinungsäußerung bildet. Diese Einschränkung erfolgt dann, wenn eine Verletzung der Würde der ungarischen Nation vorliegt. Doch wann das der Fall ist, lässt sich in vielerlei Hinsicht auslegen und definieren, und genau da liegt die Gefahr dieser Verfassungsänderung. Sie bietet das Potential weitere Rechtsgrundlagen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit aufzubauen⁸³. Dennoch ist sie nach Meinung der Verfasserin ein Schritt Ungarns hin zur Verbesserung. Um noch einmal auf den Antisemitismus Ungarns zurück zu kommen. Nach Meinung ausgewählter Experten hat es keine der vorherigen Regierungen geschafft, so viel gegen den Antisemitismus zu tun, wie die Fidesz-Regierung. Dennoch nimmt die Antisemitismus-Debatte in und um Ungarn gefährliche parteipolitische Dimensionen an und wird vor allem dafür genutzt um, der Fidesz-Regierung international einen schlechten Ruf zu bringen⁸⁴. Ein weiterer, oft genannter Kritikpunkt ist der Umgang Ungarns mit den Obdachlosen des Landes. Die Zahl der Obdachlosen in Ungarn ist in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Die Regierung Orbans versucht durch die vorgenommenen Gesetzesänderungen die Lage der Obdachlosen zu

⁸¹ Vgl. DGAPbericht, Ungarn in den Medien 2010-2014, Seite 17 f.

⁸² ebenda, Seite 18

⁸³ ebenda, Seite 18

⁸⁴ Vgl. DGAPbericht, Ungarn in den Medien 2010-2014, Seite 18

verbessern und ihnen eine Unterkunft, sowie die medizinische Versorgung zu gewährleisten. Die von den Medien sogenannte Jagd auf Obdachlose ist nichts anderes, als der Versuch, die öffentliche Ordnung, sowie die Hygiene an Lagerstätten wiederherzustellen, welche sonst unhaltbar wäre. Die Kritik, die in diesem Fall an Ungarn geübt wird, ist eher parteipolitischer Natur und verschleierte die bis dahin herrschenden Zustände im Land⁸⁵.

Das, was sich aus den Recherchearbeiten der Arbeitsgruppe Ungarn ergibt, ist, dass Orban mehr für sein Land tut, als es die Medien vieler Länder ihrer Bevölkerung verkaufen wollen. Möglicherweise ist Ungarns Vorbildfunktion für Polen und eventuell folgende europäische Länder in Bezug auf den Umgang mit Minderheiten nicht die schlechteste. Was allerdings immer noch zu beachten gilt ist, dass mit jeder verabschiedeten Gesetzesänderung auch eventuelle Einschränkungen von Grundrechten einhergehen könnten. Und genau in diesem Punkt befürchtet nicht nur die Verfasserin, sondern auch viele Experten und auch die befragten Journalisten, Nachahmer. Frau Bauer verwies als erstes auf Frankreich und gerade die bevorstehenden Wahlen im nächsten Jahr lassen die Vermutung zu, dass die Gefahr in jedem Fall besteht. Doch auch die Türkei war in den Gesprächen immer wieder Thema⁸⁶. Frau Kleeberg spricht in dem Interview mit der Verfasserin einen wichtigen Punkt zum Thema Nachahmer an. Die Verlockung, die Medien unter die Kontrolle der Regierung zu bringen, ist sehr präsent⁸⁷. Doch kann man überhaupt etwas dagegen machen, wenn die Regierung plant ihren eigenen Staat umzuwandeln? Laut Meinung Frau Mundus kann man nichts dagegen tun. Man kann darauf hinweisen, dass das was passiert nicht EU-Konform ist, doch hat es im Endeffekt keine Wirkung⁸⁸. Die Verfasserin der vorliegenden Arbeit ist in diesem Punkt anderer Meinung. Sicherlich handelt es sich dann um einen eigenen Staat, der eigenen Entscheidungen treffen darf. Man darf jedoch nicht vergessen, dass es sich, handelt es sich um ein Unions-Mitglied, um einen Staat handelt, der mit der EU einen Vertrag eingegangen ist. Es gibt demnach gewisse Vorschriften und auf diese kann man immer wieder pochen und den Staat in seine Schranken weisen. Inwieweit dieser dann auf Forderungen eingeht, hängt von der Stärke ab, mit welcher vorge-

⁸⁵ Vgl. DGAPbericht, Ungarn in den Medien 2010-2014, Seite 19 f.

⁸⁶ Gisela Bauer, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

⁸⁷ Katrin Kleeberg, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

⁸⁸ Jana Mundus, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 25.11.2016

gangen wird. Ein weiterer wichtiger Punkt, welcher an dieser Stelle erneut genannt werden sollte ist, dass es sich bei den Unionsmitgliedern um demokratische Staaten handelt. Dementsprechend sollten auch die Grundsätze der Demokratie in jedem einzelnen Staat vertreten sein. Auch auf diese Grundsätze kann man immer wieder verweisen. Handelt es sich nun beim nachahmenden Land um einen Staat ohne demokratische Grundordnung, wird es problematisch gegen Eingriffe in die Rechte vorzugehen.

Auf dieser Grundlage wird deutlich, die Gefahr von Nachahmern ist allgegenwärtig. Doch gibt es nach Meinung der Verfasserin genügend Wege dagegen vorzugehen und die betroffenen Staaten einzuschränken. Wie auch in den Interviews deutlich wurde, hängt die Stärke der Demokratie nach wie vor von der Stärke der Bevölkerung ab. Dementsprechend ist die Öffentlichkeit einer der wichtigsten Grundpfeiler, um gegen eine Übernahme der Medien durch die Regierung vorzugehen.

4.2 Halbherzige Umsetzung des europäischen Standards

Nach einer Statistik der Reporter ohne Grenzen befinden sich unter den Top 10 Ländern mit der geringsten Pressefreiheit auch aktuelle Anwärter auf die Mitgliedschaft der Europäischen Union (Abbildung 2), darunter die Türkei, Mazedonien und Montenegro. Um Beitritt zur EU zu erhalten, gibt es Bedingungen, die erfüllt sein sollten. Dazu zählen das politische Kriterium, das wirtschaftliche Kriterium und das Acquis-Kriterium. Unter dem politischen Kriterium sind die institutionelle Stabilität, die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung sowie die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung und der Schutz von Minderheiten aufgeführt⁸⁹. Wie bereits im Abschnitt „Das Grundrecht Medienfreiheit“ dieser Arbeit deutlich wird, gilt die Medienfreiheit ebenso als Menschenrecht. Warum also dürfen Mitgliedsländer wie Ungarn und Polen trotzdem auf eine derartige Weise in ihrer Regierung schalten und walten, ohne mit entsprechenden Konsequenzen rechnen zu müssen?

⁸⁹ Vgl. Die Bundesregierung, Bedingungen für den Beitritt zur Europäischen Union, 20.11.2016

Nach Meinung der deutschen Welle ist die wichtigste Voraussetzung für die Freiheit der Medien die Transparenz⁹⁰.

"Where there is no real freedom of expression, there can be no real democracy" (Parliamentary Assembly, 2007e⁹¹).

Mit diesem Zitat aus der Parlamentarischen Versammlung von 2007 wird deutlich ausgedrückt, dass dort wo keine Äußerungsfreiheit vorhanden ist, dort kann auch keine echte Demokratie vorhanden sein. Dementsprechend könnte man sagen, dass sowohl in Ungarn, als auch in Polen durch die Verabschiedung der neuen Gesetze keine wirkliche Demokratie mehr vorhanden sein kann. Doch die Reaktion der Union lässt nicht nur nach Meinung der Verfasserin, sondern auch nach Meinung Der Linken zu wünschen übrig. Doch hat die EU überhaupt eine Chance gegen die beiden Länder vorzugehen? Um beispielsweise eine Sanktion einzuleiten wird die Einstimmigkeit der EU-Gremien benötigt, und solange Victor Orban als Teil dieser Gremien Stimmrecht hat, so hat er sich bereits geäußert, wird er prinzipiell gegen Sanktionen gegen Polen stimmen. Und andersherum wird dementsprechend gleiches gelten. Um noch einmal auf die Arbeitsgruppe Ungarn zurück zu kommen, diese ist grundsätzlich der Meinung, dass viele Vorwürfe, die im spezifischen gegen Ungarn hervorgebracht werden, sicherlich berechtigt sind, doch einige sind lediglich übertrieben und oft sachlich falsch. Sollte Kritik ausgeübt werden, dann muss diese auf sachlichen und belegbaren Argumenten beruhen und allem voran, sollte diese dann für alle EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen ausgeübt werden. Die Kritik, die nicht nur von Medien, sondern zum Teil auch von verschiedenen Politikern hervorgebracht wird, sollte nicht als Verurteilung hervorgebracht werden sondern als Chance gesehen werden die EU-Demokratie weiterzuentwickeln⁹².

Der erste Schritt in diese Richtung sollte erst einmal ein Vertrauensaufbau, nicht nur innerhalb verschiedener Mitgliedstaaten, sondern besonders auch zwischen der Union und ihren Mitgliedsstaaten sein. Nach Meinung Katrin Kleebergs, freie Journalistin seit mehr als 20 Jahren, ist auch das Vertrauen zwischen Politik und Journalisten besonders wichtig⁹³. Für Frau Gisela Bauer, Journalistin seit 44 Jah-

⁹⁰ Vgl. Die deutsche Welle, Pressefreiheit auch in Europa bedroht, 19.11.2016

⁹¹ Vgl. Holtz-Bacha, Medienpolitik für Europa, Seite 299

⁹² Vgl. DGAPbericht, Ungarn in den Medien 2010-2014, Seite 21

⁹³ Katrin Kleeberg, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

ren, ist es ebenso wichtig die Probleme der Union öffentlich zu machen⁹⁴. Auch sie ist wie die Verfasserin der Meinung, dass alle Mitgliedsstaaten der Union, sowie kandidierende Beitrittsländer gleichermaßen behandelt werden sollten. Einen wichtigen Punkt, den Frau Bauer während unseres Gespräches angesprochen hat, ist, dass es keine Gesetzgebung gibt, die die Medienfreiheit in der EU explizit sichert. Für sie fällt die Rolle der Sicherung sowohl dem Parlament, als auch der Kommission zu. Sie sollten Forderungen an betroffene Länder stellen und überwachen, dass Gesetzgebungen eingehalten werden⁹⁵. Die Verfasserin ist der Meinung, dass die Medienfreiheit durchaus gesichert ist, vielleicht erfolgt das nicht im genauen Wortlaut und möglicherweise liegt genau hier das Problem der EU. Die Verfasserin möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Charta der Grundrechte verweisen, in welcher klar geschrieben steht „die Freiheit der Medien [...] wird geachtet“, dementsprechend ist die Medienfreiheit durchaus gesetzlich geschützt, und das insbesondere in der Europäischen Union. Dennoch sind die Medien nach Meinung von Frau Mundus nicht in der Lage frei zu sein. Sie spricht ein Problem an, das den europäischen Standard weit senken könnte: die Menschlichkeit. Journalisten und die Medienhäuser, für die sie arbeiten, beschneiden sich oft selbst. Aus Angst davor aufgrund ihrer Berichterstattungen den Job zu verlieren und halten sich deshalb zurück⁹⁶. Die Aufgaben des Journalisten beschreibt der DJV wie folgt⁹⁷:

„Journalistinnen und Journalisten haben die Aufgabe, Sachverhalte oder Vorgänge öffentlich zu machen, deren Kenntnis für die Gesellschaft von allgemeiner, politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Bedeutung ist. Durch ein umfassendes Informationsangebot in allen publizistischen Medien schaffen Journalistinnen und Journalisten die Grundlage dafür, dass jede/r die in der Gesellschaft wirkenden Kräfte erkennen und am Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung teilnehmen kann. Dies sind Voraussetzungen für das Funktionieren des demokratischen Staates. Zur Erfüllung ihrer journalistischen Aufgabe hat das Grundgesetz die Medien mit Freiheitsgarantien ausgestattet. Sie zu erhalten und auszubauen sind alle Journalistinnen und Journalisten aufgerufen. Ihre Arbeit verpflichtet sie zu

⁹⁴ Gisela Bauer, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

⁹⁵ ebenda, 21.11.2016

⁹⁶ Jana Mundus, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 25.11.2016

⁹⁷ Vgl. Deutscher Journalistenverband, Berufsbild Journalistin-Journalist, Seite 2

besonderer Sorgfalt, zur Achtung der Menschenwürde und zur Einhaltung von Grundsätzen, wie sie im Pressekodex des Deutschen Presserates festgelegt sind. Journalistinnen und Journalisten können ihren öffentlichen Auftrag zur Information, Kritik und Kontrolle nur erfüllen, wenn sie von Auflagen und Zwängen frei sind, die diesen Grundsätzen entgegenstehen.“

Diese Definition hebt hervor, wie sehr die Medien insbesondere der Journalismus in der Europäischen Union eingeschränkt ist. Nicht nur im Hinblick auf die Voraussetzung für das Funktionieren des demokratischen Staates, sondern auch in ihrer Funktion der Öffentlichkeitsarbeit. Nach Meinung der Verfasserin setzen diese Tatsachen die europäischen Standards nach unten und verhindern, dass diese Standards ordnungsgemäß durchgesetzt werden können. Eine Frage die bleibt ist, kann der europäische Standard in irgendeiner Art und Weise definiert werden? Nach Ansicht der Verfasserin zählen als Standard allen voran der Schutz der Grund- und Menschenrechte, und im Allgemeinen verfassungsrechtlich geschützte Werte. Doch inwieweit die Standards festgesetzt werden können bleibt, nach Meinung der Verfasserin, offen.

4.3 Übergriffe rechtspopulistischer Medienpolitik

Wie bereits das Ranking der Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen zeigt, ist in unserer Welt die Medienfreiheit stark bedroht und gerät immer mehr unter den Druck der Regierungen. Doch nicht nur die Medienfreiheit scheint ein aktuelles Thema zu sein. Auch die Zunahme rechtsorientierter Parteien und Personen beschäftigt nicht nur die EU, sondern die gesamte Welt. Bevor die Verfasserin sich mit dem Thema beschäftigen kann, wird sie vorab erst einmal klären, was genau Rechtspopulismus, beziehungsweise Populismus an sich überhaupt bedeutet. In der Alltagssprache wird der Begriff Populismus häufig mit einer popularitätsschenden, Stimmung des Volkes nachlaufenden und nachgebenden Politik gleichgesetzt. Die Bewertungen für diese Auslegung des Begriffes sind in der Regel negativ. In der Wissenschaft bedeutet Populismus eher eine Haltung, die für das einfache Volk und gegen die herrschende Gesellschaftliche und politische Partei eingenommen wird. Die populistischen Parteien oder Bewegungen sind laut bpb ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Sie treten zumeist als Folge eines zu schnellen Wandels oder der zu großen Verwerfung bestimmter Bevölkerungsgruppen auf. Diese Gruppen erleiden in der Regel Werte- und Orientie-

rungsverluste, welche dann kulturell vermittelt werden. Die Folge daraus wiederum sind Statusängste, Zukunftsunsicherheiten und ein politisches Entfremdungsgefühl. Charakteristisch für den Populismus ist das Zusammentreffen von Personalismus, also eine ihre Umwelt selbst beeinflussende Person, und dem Gemeinschaftsdenken. Weiterhin prägend ist das gespaltene Gleichheitsverständnis. Bei ihm entsteht der Rechtspopulismus. Einerseits bringt sich das gesamte Volk in Stellung gegen die herrschende Partei Elite, andererseits erfolgt eine Abgrenzung der Nicht-Zugehörigen also Personen anderer Nationen und Kulturen⁹⁸.

Dieser Rechtscharakter beginnt allen voran bei der Integration und Europa spielt dabei eine wichtige Rolle. Trotz einer kulturell und sozial geprägten Tendenz in Europa, gibt es nach Riedel immer noch den Trend, dass die Bevölkerung sowohl in Mehrheiten, als auch in Minderheiten eingeteilt wird. Dabei wird vor allem nach kulturellen Kriterien, wie die Muttersprache oder die Religionszugehörigkeit aufgeteilt. Dieser Trend wird noch weiter fortgeführt dadurch, dass diese kulturellen Zugehörigkeiten als gesellschaftliche Konstante betrachtet werden und schlussendlich aus politischen Erwägungen heraus in das Rechtssystem eingewoben werden. Dieser Trend leugnet den dynamischen und offenen Charakter der verschiedenen Kulturen und hat somit dem Demokratisierungsprozess der Union schwer geschadet. Das trügerische Selbstbild, das Europa der Welt verkauft, ist längst nicht mehr Realität. Die Union ist nicht mehr der Friedenskontinent für den sie sich einst hielt. Das Nationsmodell, welches im Zuge der Osterweiterung Einzug hielt, hat dem Bild Europas geschadet. Dieses Modell beruht nicht mehr auf dem Prinzip einer Willensnation, sondern orientiert sich zu aller erst an ethnisch-kulturellen Werten. Tragende Beispiele dafür sind das neue Staatsgesetz Budapests von 2001, sowie das Staatsangehörigkeitsgesetz Ungarns von 2010. Durch die Forderung Ungarns nach Grenzrevisionen stiegen die Befürchtungen anderer Staaten das Minderheiten in Ungarn in eine Territorialautonomie, beziehungsweise in eine staatliche Sezession laufen könnte. Zusätzlich dazu forderte Orban eine Rehabilitierung der Kollaborateure aus der Zeit des Nationalsozialismus. Die Ängste bezüglich der Minderheiten sind aufgrund der Unterstützung der Fidesz Partei von Minderheitenvertretern in Nachbarstaaten eventuell nicht ganz unbegründet. Diese Vertreter sind dabei auf dem Kurs der Konfrontation gegenüber einheimischen Behörden, sie

⁹⁸ Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung, Populismus, 20.11.2016

fordern eigenen Kompetenzen in der Gesetzgebung sowie eigene Sicherheitskräfte und Steuerhoheiten. Unter ihnen befindet sich auch der EU- Abgeordnete Tökés⁹⁹.

Die Idee Europas lässt sich leicht zur Umsetzung nationalstaatlicher Interessen umsetzen, ein gutes Beispiel dafür ist die Wahl Tökés zum vertretenden Präsidenten des EU-Parlamentes. Dabei zu erwähnen bleib, dass er ein Anhänger der Fidesz-Partei ist. Das proeuropäische Gewand der nationalistischen Ideologie, welches ohne breite Öffentlichkeit in Europa auch nur schwer zu erkennen ist, sollte immer kritischer betrachtet werden. Doch nicht nur die Ideologien auch Privilegierungen spezifischer Staaten werden nicht nur innerhalb der europäischen Bevölkerung für Spannungen sorgen, sondern auch zwischen den Mitgliedsstaaten der EU zwangsweise Unruhe stiften. Derartige Themen, wie die der Nationalen Minderheiten oder auch doppelter Staatsbürgerschaften, werden zukünftig auch das deutsch-polnische Verhältnis belasten. Im Gegensatz zu deutschen Minderheiten in Polen haben polnische Minderheiten in Europa keine Minderheitsrechte. Fest steht dabei, dass im Beitrittsprozess der Reformstaaten Osteuropas zur Union soziale Verhältnisse keine Rolle gespielt haben. Die Wirtschaftsreformen wurden der Finanzpolitik ganz klar untergeordnet. Das Resultat daraus wird deutlich an der ungarischen Stabilisierungspolitik von 2009. Die Fidesz-Partei, sowie die rechtsextreme Jobbik-Bewegung erhielten einen Aufschwung und gingen auf Konfrontation mit ihren Nachbarländern. Weiterhin suchten sie den Konflikt mittels Aufmärschen zu der sogenannten Roma-Minderheit und sprachen sogar Morddrohungen aus. Dies wiederum macht deutlich, dass es vielen Europapolitikern nicht mehr darum geht Staatsdefizite in ihrer Ursache zu bekämpfen, sondern sie zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Dabei setzen sie auf die Umverteilung vorhandener Finanzressourcen und setzen dabei auf die blinde Gefolgschaft schwächerer Mitgliedern der Euro-Zone bei der Stabilisierung der gemeinsamen Währung¹⁰⁰. Das Bedienen von sowohl nationalen Feindbildern, sowie nationaler Stereotypen durch die Medien fruchtet aufgrund der fehlenden europäischen Öffentlichkeit. Sie berichten mehr über internationale Themen als über Themen die Union betreffend. Folglich fällt es selbst interessierten Unionsbürgern schwer, etwas über die politische und die soziale Lage der EU Nachbarstaaten zu erfahren. Dementsprechend fällt es auch schwer sich eine Meinung über diese zu bilden und somit ist es nahezu unmöglich

⁹⁹ Vgl. Riedel, Die kulturelle Zukunft Europas. 2015, Seite 134 ff

¹⁰⁰ ebenda, Seite 134 ff

nationalstaatliche Interessen von nationalistischen Forderungen der Parteien zu unterscheiden. Die bereits oben benannten Europapolitiker tragen zu diesen Informationsdefiziten innerhalb der EU bei. Doch gibt es tatsächlich einen Trend der Entpolitisierung? Denn betrachtet man einmal die kritisierten Parteien wird deutlich, dass auch diese Europapolitik betreiben. Inwiefern dieses Europa aussehen und letztlich verfasst werden soll, ist dann, nach Riedel, eine andere Frage¹⁰¹.

Einige erste Schritte in Richtung rechtsideologisches Europa, möglicherweise sogar in eine rechtsideologische Welt, sind bereits getan. Allen voran steht dabei die Medienpolitik in Ungarn und auch Polen. Doch auch in Deutschland greifen rechtsorientierte Personen in die Pressefreiheit ein und gefährden damit vor allem auch die Gesundheit von Menschen. So animierte laut der Deutschen Welle die Wortführerin Pegidas, Festerling, ihre Anhänger tatsächlich dazu Journalisten anzugreifen. Diese Übergriffe, 39 an der Zahl im Jahr 2015, fanden hauptsächlich auf Demonstrationen der Pegida, bei Kundgebungen rechtsradikaler Gruppen, sowie auf Gegendemonstrationen statt. Dieses Aggressionspotenzial ist auf die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland und die damit einhergehende Unzufriedenheit zurückzuführen¹⁰². Die Angst rechtsextremistischer Übergriffe in Deutschland ist groß. So zeigt die Auswertung der Abbildung 3, einer Umfrage der ARD, dass den Befragten eine deutlichere Kontrolle rechtsextremer und gewaltbereiter Personen stattfinden sollte. Weiterhin wird deutlich, dass sich viele Befragte Sorgen über den Einfluss machen, den Rechtsextremisten auf unseren Staat ausüben. Um noch einmal auf die Übergriffe in der ganzen Welt zurück zu kommen, stellt sich diese nun auf ein aktuelles, und vor allem aufsehenerregendes Thema ein. Die Wahlen in den USA sind derzeit das Thema, über das am meisten in den Medien berichtet wird. Scrollt man durch Facebook ist jeder zweite Beitrag die Wahl Trumps zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Zwar hat das ganze nur indirekt etwas mit der Europäischen Union zu tun, doch welchen Einfluss wird Trump auf unsere Welt haben? Immer wieder wird er als Rechtsextremist bezeichnet und bereits jetzt folgen die Berichterstattungen den Beispielen Polen und Ungarns. Auch Trump wird, schon bevor er sein Amt überhaupt angetreten hat, vorgeworfen er plane ein Staatsmedium zu ernennen und die Medien einzuschränken. Doch warum genau haben diese autoritären Regierungen so viel Einfluss?

¹⁰¹ Vgl. Riedel, Die kulturelle Zukunft Europas, 2015, Seite 147 ff

¹⁰² Vgl. Die deutsche Welle, Pegida, Landesverrat, Vielfalt, Pressefreiheit mehrfach gefährdet, 19.11.2016

Die Verfasserin sieht das Problem, so wie schon Riedel es benannt hat, in der Angst der Bevölkerung vor Minderheiten. Die Flüchtlingskrise und die Angst vor terroristischen Anschlägen zwingen die Bevölkerung mit Unterstützung der Medien, Schutz in rechtsextremistischer Propaganda zu suchen. In diesen Ängsten sehen Parteien wie die Afd, die FPÖ, die Jobbik, die Fidesz, die FN und einige andere ihre Chance ihr Ansehen in Europa zu erhöhen. Ihre Chance erhöht, nach einer aktuellen Umfrage der Bertelsmann Stiftung, die Angst der Parteianhänger vor den Folgen der Globalisierung.

In der Zusammenfassung sind die befragten Journalisten jedoch einheitlich der Meinung, dass aktuell kein Übergriff rechtspopulistischer Parteien droht. Andere Regierungskräfte sind nach Aussage von Frau Kleeberg zu stark¹⁰³. Deutlich wird diese Vermutung mit dem Wahlausgang der Präsidentschaftswahlen in Österreich im Dezember 2016. Das Ergebnis war knapp, und beinahe wäre der Rechtspopulist Norbert Hofer an die Spitze Österreichs gelangt. Doch mit einem knappen Sieg gelang dies Alexander Van der Bellen. Nach Meinung deutscher Politik ist sein Sieg ein Schritt in Richtung Zusammenwachsen Europas. Denn Van der Bellen ist nach Meinung Joachim Gaucks ein überzeugter Europäer¹⁰⁴. Abzustreiten ist nach Meinung der Verfasserin eine Zunahme der Rechtspopulisten jedoch nicht. Besonders die Zunahme der Sitze in nationalen Parlamenten, wie die Statistik der Eurostat in Abbildung 4 zeigt gibt schon zu bedenken. Darunter befindet sich unter anderem Österreich, Ungarn und auch Italien ist dabei. Sicherlich wird es zumindest vorerst keine Übernahme der Regierungen geben, doch der Rechtspopulismus wird in der EU in den kommenden Jahren immer wieder aufflackern. Belegen lässt sich das durch die statistische Auswertung der Wahlen in den letzten Jahren durch den Stern in Abbildung 5. Dabei wurde der Stimmanteil der rechtspopulistischen Parteien ausgewählter Länder untersucht. Ganz vorn ist dabei wieder Österreich und natürlich auch Ungarn. Aber auch Frankreich und Deutschland sind in der Statistik mit aufgeführt, allerdings nur mit einem eher geringerem Stimmenanteil. Die Stärke, mit der der Rechtspopulismus in Europa auftritt, ist wiederum abhängig von der Stärke der Demokratie, also der Stärke der Bürger. Wie bereits vorab erwähnt konnte die Bevölkerung Österreichs die Übernahme ihres Landes durch einen Rechtspopulisten mit einem knappen Wahlergebnis abwenden. Laut Frau

¹⁰³ Katrin Kleeberg, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

¹⁰⁴ Vgl. Zeit Online, Wahlergebnisse Österreich, 08.12.2016

Kleeberg ist dabei allerdings auch die Zivilcourage der Medien ausschlaggebend. Frau Jana Mundus ist der Ansicht, dass nicht unbedingt die Tendenz zum Rechtspopulismus besteht, sondern eher zur Entwicklung der Medien zu staatstreuen Medien. Und hier sieht sie eine besondere Gefahr, denn in einem Staat in dem die Medien nicht mehr in ihrer gedachten Form funktionieren können, haben wiederum rechte Kräfte ein leichtes Spiel sich diese anzueignen¹⁰⁵. Dabei sind dann im Endeffekt nicht nur die Medien bedroht, sondern die Demokratie selbst. Denn wie in dieser Arbeit immer wieder erwähnt wurde, sind die Medien und allen voran deren Vielfalt einer der grundlegendsten Werte einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft. Wird diese Vielfalt allerdings unterdrückt durch einseitige Berichterstattungen, oder durch die Einflussnahme der Politik droht einem demokratischen Staat ein erhebliches Defizit in seiner Funktionalität.

Um diesen Abschnitt abzuschließen bleibt zu sagen, dass eine Übernahme rechtspopulistischer Parteien in der Europäischen Union durchaus realistisch, jedoch aktuell noch nicht akut ist. Dagegen wahrscheinlicher ist, wie Frau Mundus in dem Interview andeutete, die zunehmende Entwicklung der Medien zu staatstreuen Medien¹⁰⁶. Diese Entwicklung könnte zukünftig den demokratischen Charakter vieler Europäischer Länder weitreichend stören und so die Übernahme rechtspopulistischer Parteien durchaus fördern. Eine Chance besteht allerdings dahingehend, dass die Bevölkerung gegen eine solche Entwicklung vorgehen kann. Dazu gehört vor allem die eigene Meinungsbildung und das Interesse an der aktuellen Entwicklung des eigenen Landes, und allen voran auch der Entwicklung der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Wahrung der Demokratie der Unions-Mitglieder. Sie ist die Grundlage dafür die freien Medien und damit einhergehend den Schutz vor der Übernahme rechtspopulistischer Kräfte zu sichern.

¹⁰⁵ Jana Mundus, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 25.11.2016

¹⁰⁶ ebenda, 25.11.2016

5 Schlussbetrachtung

Je mehr sich die Verfasserin mit dem Thema Medienfreiheit in Ungarn und Polen beschäftigt hat, desto mehr wurde ihr klar, dass sie sich keine klare Meinung darüber bilden kann, inwiefern diese Länder wirklich gegen EU-Rechte verstoßen. Mit Sicherheit steht die EU vor einem Wandel, der durch Entscheidungen ins Rollen gebracht wurde, auf die die Bevölkerung unserer Welt keinen Einfluss hat. Einerseits ist sich die Verfasserin sicher, dass die Medien besonders außerhalb der betroffenen Länder nur das berichten, was sie berichten wollen, beziehungsweise berichten sollen. Und vor allem berichten sie das, was die Menschen lesen wollen, denn so funktionieren die Medien. Doch lassen sich die Gesetzesänderung in beiden Ländern nicht einfach schönreden. Sowohl Ungarn, als auch Polen haben mit ihrer Medienpolitik ganz klar gegen die einer Demokratie zugrunde liegende Werte verstoßen. Und glaubt man dem, was berichtet wird, sind beide Länder mit ihrem Wandel noch lange nicht fertig. Doch die Art und Weise, wie über beide Länder berichtet wird, lässt die Verfasserin der vorliegenden Arbeit immer wieder zweifeln. Sind die Kritikpunkte die angebracht werden wirklich berechtigt oder beruhen sie auf fehlenden Hintergrundinformationen? Die Medienberichterstattungen sollten in den Augen der Verfasserin handfest sein und nicht auf Hirngespinnsten beruhen. Allen voran sollten die Berichterstattungen nicht geprägt sein von Meinungen der verfassenden Journalisten. Sachlichkeit ist in derartigen Berichten einer der wichtigsten Grundlagen, um den Leser seine eigene Meinungsbildung zu gewährleisten.

Ein Problem das tatsächlich besteht und dringend um Änderung bedacht sein sollte, ist der Umgang der Europäischen Union mit den Zuständen der Medienpolitik in den in der Arbeit vorgestellten Ländern. Nach Meinung Christian Mihrs sollten die Beitrittsverfahren für künftige Beitrittsländer, genannt sei dabei vor allem die Türkei, nicht nur ein Maßstab sein, sondern tatsächlich durchgeführt und in Einzelfällen auch benannt werden¹⁰⁷. Übergriffe auf Journalisten und der Eingriff der Regierung in die Medien sind geduldete Taten, die am europäischen Standard kratzen und somit die Zukunft der EU gefährden könnten. Sicher wird es in naher Zukunft keine Übernahme der Regierung von Seiten rechtspopulistischer Parteien geben, doch es könnte tatsächlich europäische Länder geben die dem Reiz der Machtergreifung

¹⁰⁷ Vgl. Die deutsche Welle, Pressefreiheit auch in Europa bedroht, 19.11.2016

über die Medien nachgegeben und es Orban gleichtun. Und besonders an dieser Stelle sollte ein Exempel statuiert werden. Möglicherweise ist es zu spät bei Ungarn einzugreifen, doch in Polen und allen voran bei den Beitrittsländern sollte die Union zeigen, dass sie es nicht zulässt, dass so mit den demokratischen Werten der Mitgliedsstaaten umgegangen wird. Dabei sollten, nicht nur nach Meinung der Verfasserin, sondern auch nach Meinung Jana Mundus, EU-Politiker die demokratischen Werte besser vertreten und bei Verstößen geschlossen gegen diese eintreten. Möglicherweise ist es dabei eine gute Strategie, allen voran die Öffentlichkeit mit einzubeziehen und ihr zu zeigen, wir setzen ein klares Signal und machen deutlich „So geht es nicht“¹⁰⁸. Sollte sich an der aktuellen Situation der Medien nichts ändern, werden diese zukünftig ihrer Informationspflicht nicht mehr nachkommen können. Bürgerinnen und Bürger hören nur noch das, was die hinter den Medien stehende Politik sie hören lassen will. Das wiederum senkt die Standards der Europäischen Union und könnte dazu führen, dass auch Länder beitreten können deren Zustand keinesfalls EU-konform sein kann. Wie bereits mehrfach in der vorliegenden Arbeit erwähnt, liegt dabei ein besonderes Augenmerk auf der Türkei. Nach einer Studie der TNS, welche die Meinung der Deutschen über die Europäische Union und deren Außenpolitik untersucht, sind 82 der 100 Befragten der Meinung, dass eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU nicht wünschenswert ist. Sie fordern, wie schon der Vorschlag nicht nur der Verfasserin, sondern auch der befragten Journalisten lautete, mehr Transparenz innerhalb der EU und eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten untereinander¹⁰⁹. Dies ist nach Auswertung der Befragungen der wichtigste Grundpfeiler der Weiterentwicklung der Europäischen Union: Die Partnerschaft und die Gesamtheit aller Mitgliedsstaaten der EU¹¹⁰. 62 der 100 Befragten sind der Meinung, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten aktuell nicht auf dem richtigen Weg befinden¹¹¹.

Abschließend zu dieser Bachelorarbeit lässt sich sagen, dass die Europäische Union dringend gegen das Eingreifen und Kontrollieren der Medien vorgehen muss, um sicherzustellen, dass auch in Zukunft alle Mitgliedsstaaten ihr demokratisches System weiter halten können. Nach Meinung der Verfasserin sind dafür ein ge-

¹⁰⁸ Jana Mundus, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 25.11.2016

¹⁰⁹ Vgl. TNS, Europa und Außenpolitik, Seite 24

¹¹⁰ Vgl. TNS, Europa und Außenpolitik, Seite 18

¹¹¹ Vgl. TNS, Europa und Außenpolitik, Seite 5

meinsames Auftreten aller Unions-Mitgliedsstaaten, sowie die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union notwendig. Um das zu erreichen, sollten klare Ab- sowie Aussprachen unter den Ländern erfolgen, die zu einer gemeinsamen Regelung des Problems führen und eine gemeinsame Zukunft der EU sichern. Sich gegenseitig Vorwürfe zu machen und die Problemlagen anderer Länder auszunutzen, hilft der Europäischen Union in keiner Weise weiter. Um die Zukunft zu sichern, wie auch immer diese aussehen mag, ist es wichtig, zusammenzuarbeiten und es keinem Mitgliedsland zu erlauben, die Europäischen Standards so herab zu setzen. Wichtig ist es die Öffentlichkeit einzubeziehen und so die demokratischen Grundsätze umzusetzen.

Literaturverzeichnis

Anteil der Sitze von Rechtspopulisten in den nationalen Parlamenten – Eurostat -

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/198659/umfrage/sitze-von-rechtspopulisten-in-nationalen-parlamenten-europas/>, Stand 15.12.2016

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, So funktioniert die Europäische Union, Luxemburg 2013

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Nizza 2000

Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Länder, Polen, <https://wp.uni-passau.de/medienatlas-osteuropa/laender/polen/>, Stand 29.11.2016

Atlas Medienfreiheit Osteuropa, Länder, Ungarn, <https://wp.uni-passau.de/medienatlas-osteuropa/laender/ungarn/>, Stand 29.11.2016

Birgit Ladwig-Tils, Neues Mediengesetz und Verfassungsänderung, Friedrich Ebert Stiftung, November 2011

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art 5, https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html, Stand 08.12.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Demokratie, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17321/demokratie>, Stand 12.12.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Der erste Weltkrieg, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/>, Stand 28.11.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Medien, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17833/medien>, Stand 16.11.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Meinungsfreiheit, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22555/meinungsfreiheit>, Stand 16.11.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Oligopol, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20221/oligopol>, Stand 08.12.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Pluralismus, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/18012/pluralismus>, Stand 08.12.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Populismus, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41192/was-ist-rechtspopulismus>, Stand 20.11.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Pressefreiheit,

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22708/pressefreiheit>, Stand 16.11.2016

Bundeszentrale für politische Bildung, Sanktion,

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/18180/sanktion>, Stand 09.12.2016

Christina Holtz-Bacha, Medienpolitik für Europa II – Der Europarat, VS Verlag, Wiesbaden 2011

dbpedia, Schocktherapie (Wirtschaftspolitik),

[http://de.dbpedia.org/page/Schocktherapie_\(Wirtschaftspolitik\)](http://de.dbpedia.org/page/Schocktherapie_(Wirtschaftspolitik)), Stand 08.12.2016

Deutscher Journalistenverband, Gewerkschaft für Journalistinnen und Journalisten, Berufsbild Journalistin-Journalist, druck + media gmbh, Bonn, Februar 2015

DGAPbericht, Ungarn in den Medien 2010-2014. Kritische Reflexion über die Presseberichterstattung, Berlin 2015

Die Bundesregierung, Bedingungen für den Beitritt zur Europäischen Union,

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Europa/Artikel/2005-11-08-kriterien-beitrittskandidaten.html>, Stand 20.11.2016

Die deutsche Welle, Pressefreiheit auch in Europa bedroht,

<http://www.dw.com/de/pressefreiheit-auch-in-europa-bedroht/a-19207688>, Stand 19.11.2016

Die deutsche Welle, Pegida, Landesverrat, Vielfalt: Pressefreiheit mehrfach gefährdet,

<http://www.dw.com/de/pegida-landesverrat-vielfalt-pressefreiheit-mehrfach-gef%C3%A4hrdet/a-19201117>, Stand 19.11.2016

DieLinke, Das Zaudern Europa gegenüber Polen und Ungarn,

<http://www.helmutscholz.eu/de/article/627.das-zaudern-europas-gegen%C3%BCber-polen-und-ungarn.html>, Stand 19.11.2016

Duden, Repression, <http://www.duden.de/rechtschreibung/Repression>, Stand 08.12.2016

European Journalism Observatory, Alles im Griff, <http://de.ejo-online.eu/medienpolitik/alles-im-griff>, Stand 19.11.2016

FocusOnline, Pressefreiheit in Gefahr, http://www.focus.de/politik/ausland/gefahr-fuer-die-pressefreiheit-polen-plant-umstrittene-medienreform-journalistenverbaende-protestieren_id_5182331.html, Stand 08.12.2016

FocusOnline, Politisches Klima, http://www.focus.de/politik/videos/politisches-klima-ruck-nach-rechts-so-stark-sind-die-rechten-parteien-in-europa_id_5138502.html, Stand 08.12.2016

Gabler Wirtschaftslexikon, Freiheit, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/freiheit.html>, Stand 16.11.2016

Gabler Wirtschaftslexikon, Kommunismus,

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kommunismus.html>, Stand 02.12.2016

Gisela Bauer, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

Jana Mundus, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 25.11.2016

Katrin Kleeberg, Telefonisches Interview zur Medienfreiheit und zum Journalismus, 21.11.2016

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Info-Portal Östliches Europa, Demokratie/ Pressefreiheit, https://osteuropa.lpb-bw.de/polen_ungarn_bulgarien_vergleich.html, Stand 28.11.2016

portalliberal, Medienfreiheit ist elementare Voraussetzung für Demokratie,

<https://www.liberal.de/content/medienfreiheit-ist-elementare-voraussetzung-fuer-demokratie>, Stand 16.11.2016

portalliberal, Die Gesellschaft braucht eine freie Presse, <https://www.liberal.de/content/die-gesellschaft-braucht-eine-freie-presse>, Stand 16.11.2016

Rechtleicht-Politik verständlich machen, Misstrauens-Votum,

<http://www.rechtleicht.at/lexikon/Misstrauens-Votum%20>, Stand 16.11.2016

Rechtsextreme Parteien in Europa - <https://de.statista.com/infografik/1685/abschneiden-rechtsextremer-parteien-in-europa/>, Stand 15.12.2016

Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016/>, 16.11.2016

Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit 2016, Berlin 2016

Reporter ohne Grenzen - https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/pics/Weltkarte_der_Pressefreiheit_2016.jpg, Stand 15.12.2016

Sabine Riedel, Die kulturelle Zukunft Europas-Demokratie in Zeiten globaler Umbrüche, Springer VS, Wiesbaden 2015

Siegfried Schwab, Der Vertrag von Lissabon, GRIN Verlag GmbH, München 2009

Statistik zum Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland – ARD-DeutschlandTREND - <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/209244/umfrage/meinungen-zum-umgang-mit-rechtsextremismus-in-deutschland/>, Stand 15.12.2016

tagesschau, Umstrittenes Mediengesetzt in Polen, <https://www.tagesschau.de/ausland/polen-demonstration-105.html>, Stand 19.11.2016

The European.eu, Renationalisierung in Europa, <http://de.theeuropean.eu/gerhard-reese/8772-renationalisierung-in-europa>, Stand 08.12.2016

TNS Politikforschung, Thorsten Spengler, Christiane Scholz, Die Sicht der Deutschen auf Europa und die Außenpolitik, Körber-Stiftung, Oktober 2016

Top 10 Länder mit der geringsten Pressefreiheit – Reporter ohne Grenzen -
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/470206/umfrage/top-10-laender-mit-der-geringsten-pressefreiheit-in-amerika/>, Stand 15.12.2016

ungarn-guide, Vertrag von Trianon, http://www.ungarn-guide.com/geschichte_15.php, Stand 29.11.2016

WAZ, Steinmeier will wegen Medienpolitik nach Polen reisen,
<http://www.derwesten.de/politik/steinmeier-will-wegen-medienpolitik-nach-polen-reisen-id11453722.html>, Stand 08.12.2016

Zeit Online, Ungarn entschärft umstrittenes Mediengesetz,
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-05/ungarn-medien-zensur>, 29.11.2016

Zeit Online, Wahlergebnisse Österreich, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/alexander-van-der-bellen-zum-bundespraesidenten-oesterreichs-gewaehlt>, Stand 08.12.2016

Anlagen

Interviewfragen

1 Name?

2 Alter?

3 Position?

4 Wie lange arbeiten Sie schon als Journalist?

5 Macht es Ihnen aktuell Spaß als Journalist zu arbeiten? (Erläuterung)

6 Was ist für Sie Medienfreiheit?

7 Wie schätzen Sie die aktuelle Lage in Deutschland ein, bezogen auf die Medienfreiheit? (Erläuterung)

8 Sehen Sie sich durch irgendetwas oder jemanden in Ihrer Arbeit eingeschränkt? (Erläuterung)

9 Wie schätzen Sie die aktuelle Situation in Polen und Ungarn ein? (Erläuterung)

10 Denken Sie das es Länder geben wird die es in Ihrer Medienpolitik Ungarn und Polen gleichtun? Wenn ja, warum?

11 Schätzen Sie die Reaktionen der Medien gegenüber Polen und Ungarn als gerechtfertigt ein? (Erläuterung)

12 Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Medienfreiheiten in der Europäischen Union, in Zukunft zu stärken?

13 Fürchten Sie einen Übergriff rechtspopulistischer Medienpolitik in der gesamten EU? (Erläuterung)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland¹¹²

Art 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

¹¹² Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art 5, 08.12.2016

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Flöha, 06.01.17

Sandra Nitzsche

Ort, Datum

Vorname Nachname